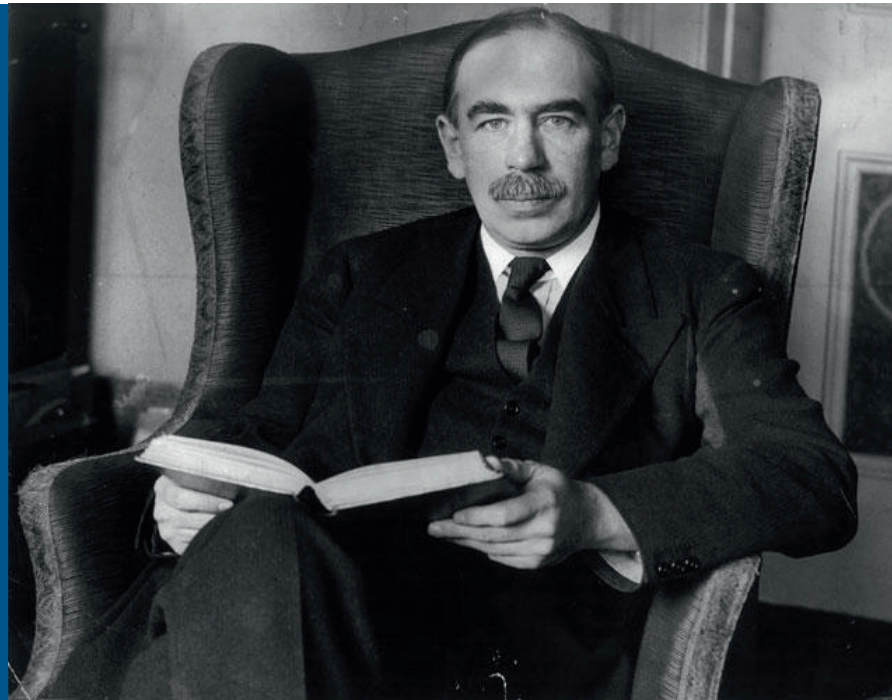


John Maynard Keynes



Eine kurze, präzise,
einfach zu verstehende
und insbesondere
RICHTIGE Darstellung
seiner Theorie.

Autor Andrés Ehmman

Keynes

Eine kurze, präzise, einfach zu verstehende und insbesondere RICHTIGE Darstellung seiner Theorie.

- I. Vorbemerkung
- II. Klassische Theorie
 - II.1 Die Effizienz marktwirtschaftlicher Ordnungen.
Wird von Keynes nicht in Frage gestellt.
 - II.2 Geld / Kapital und Zins.
Was wird gespart und wie wird gespart
- III. Keynessche Theorie
 - III.1 Was stellt Keynes in Frage?
 - III.2 expansive Fiskalpolitik
- IV. Das IS-LM Modell
- V. Schlusswort

I. Vorbemerkung

Dieses Buch ist eine Zusammenfassung der www.economics-reloaded.de. Auf Zitate aus den Originaltexten, insbesondere der General Theory of Employment, Interest and Money, wird hier aus Gründen der klareren Darstellung verzichtet. Wer eine Darstellung der keynesschen Theorie auf Basis des Originaltextes sucht, sei auf die oben genannte Website verwiesen.

Gleichermaßen verzichten wir hier darauf, durch Beispiele die Theorie zu illustrieren. Das machen wir ausgiebig auf der www.economic-reloaded.de. Wir gehen hier davon aus, dass der Leser mit den Problemen und Krisen der Gegenwart halbwegs vertraut ist und folglich die Relevanz der gemachten Aussagen erkennt. Wenn nicht: Ein Internetanschluss ist ja in der Regel vorhanden. Der Zugang zur www.economics-reloaded.de ist vollkommen kostenlos.

Keynes ist wohl mit weitem Abstand der meistzitierte Ökonom aller Zeiten. Es vergeht praktisch kein Tag, an dem nicht irgendeine Zeitung auf ihn Bezug nimmt. Allerdings hat das Originalwerk, also die General Theory of Employment, Interest and Money niemand gelesen. Auch im akademischen Umfeld nicht.

In der öffentlichen Debatte wird Keynes reduziert auf einige wenige Aussagen, die weder für das keynessche Theoriegebäude entscheidend sind, noch geeignet sind, die fundamentalen Unterschiede zwischen Keynes und der Klassik zu verstehen.

In der öffentlichen Debatte wird Keynes reduziert auf expansive Fiskalpolitik. Soll heißen: In einer Rezession soll der Staat die Nachfrage ausdehnen und in einer Boomphase diese reduzieren. Er soll also eine antizyklische Fiskalpolitik betreiben.

Hält man das für die Kernaussage von Keynes, dann ist es natürlich ein leichtes, Keynes zu widerlegen. Wer allerdings der Meinung ist, dass in Griechenland eine expansive Fiskalpolitik betrieben wurde und dieses Beispiel zeigt, dass die keynessche Theorie falsch ist, hat weder die keynessche Theorie verstanden, noch begriffen was, in Griechenland passiert ist. Er darf auch annehmen, dass der bedeutendste Ökonom des zwanzigsten Jahrhundert begriffen hätte, dass eine expansive Fiskalpolitik lediglich zu einem Strohfeuer führt, wenn das induzierte Mehr an Nachfrage im Ausland befriedigt wird. Man sollte schon realistisch bleiben und Keynes nicht unterschätzen.

Die Tatsache, dass von komplexen Theoriegebäude einzelner Autoren, dies trifft gleichermaßen zu für Adam Smith, David Ricardo, Jean Baptiste Say, Vilfredo Pareto, Joseph Schumpeter etc. nur wenige Gedanken Eingang gefunden haben in das öffentliche Bewusstsein oder die akademische Lehre gilt nicht nur für Keynes. Es gilt praktisch für alle Ökonomen. Auf der www.economics-reloaded.de zeigen wir dezidiert die Diskrepanz zwischen öffentlicher Wahrnehmung und den Aussagen der Originaltexte.

Bei anderen Autoren allerdings ist das weniger dramatisch. Hinsichtlich des keynesschen Theoriegebäudes ist das insofern dramatisch, als über ökonomische Probleme, insofern sie sich auf makroökonomische Zusammenhänge beziehen, ohne Kenntnis des keynesschen Theoriegebäudes nicht sinnvoll diskutiert werden kann. Wer über Kapital, Sparen, Geld, Zins redet, muss wissen, was er darunter versteht. Sind die Abgrenzungen unklar, wie in der Klassik oder der öffentlichen Debatte, bzw. wird mit diesen Begriffen eine Funktion assoziiert, die diese nicht haben, dann ist keine Diskussion möglich.

Die keynessche Theorie ist nicht die Antwort auf alle ökonomischen Fragen und sollte dies auch nie sein. Aber die keynessche Theorie ist die Grundlage, anhand derer alle ökonomischen Fragen diskutiert werden müssen.

Um was geht es also hier? Es geht hier um eine einfache, klare, präzise und vor allem RICHTIGE Darstellung der keynesschen Theorie. Genau so: Einfach, klar, präzise und richtig. Der Inhalt soll auch von jenen verstanden werden, die noch nie ein Buch über Makroökonomie in der Hand hatten, sich aber schon die Frage gestellt haben, ob z.B. der Zins stabil bleiben kann, wenn das gesamtwirtschaftliche Sparen erhöht wird. Deutlicher: Ob „riestern“ eigentlich funktionieren kann; oder die sich schon die Frage gestellt haben, warum es Blasen immer nur in manchen Bereichen gibt, Börse, Immobilien, Gold etc.; oder was passieren würde, wenn die Geschäftsbanken die günstigeren Refinanzierungsmöglichkeiten bei den Zentralbanken an die Kunden weiterreichen würden.

Wir haben uns also bemüht, eine kleine Abhandlung zu schreiben, die man gemütlich und ohne größere Anstrengung in 20 Stunden lesen kann und die Sachverhalte so vorsortiert, dass eine vernünftige Diskussion wieder möglich ist.

II. Klassische Theorie

II.1 Effizienz marktwirtschaftlicher Ordnung. Wird von Keynes nicht in Frage gestellt.

Bekanntlich unterscheidet Keynes nicht zwischen Klassik und Neoklassik. Konkret: Zwischen den Autoren der klassischen Nationalökonomie, Adam Smith, Jean Baptiste Say, David Ricardo, John Stuart Mill und den neoklassischen Autoren, Alfred Marschall, Vilfredo Pareto, Léon Walras, Carl Menger unterscheidet er nicht. Was vor ihm war, ist für ihn klassische Nationalökonomie.

Auf die Problematik der Begriffe klassische Nationalökonomie und neoklassische Nationalökonomie müssen wir hier nicht eingehen und verweisen wieder auf die www.economics-reloaded.de. Die Problematik besteht darin, dass sich die einzelnen Autoren stark unterscheiden und nicht unter einem Begriff zusammengefasst werden können.

Auf andere Strömung wie etwa den Neoliberalismus, die österreichische Schule, Monetarismus oder Ordoliberalismus werden wir hier nicht eingehen. Näheres zu diesen Strömungen siehe www.economics-reloaded.de. Diese Richtungen fußen bzgl. der Vorstellungen von Kapital, Sparen, Geld und Zins auf denselben falschen Annahmen, wie die klassische Nationalökonomie. Eine gesonderte Diskussion ist von daher nicht nötig.

Wir werden in Zukunft, wie Keynes auch, nur noch von klassischer Nationalökonomie sprechen. Soit dit en passant: Das Unterscheidungsmerkmal zwischen der klassischen Nationalökonomie und der neoklassischen Nationalökonomie soll die Marginalbetrachtung sein. Wir haben auf der www.economics-reloaded.de aber gezeigt, dass diese schon in der klassischen Nationalökonomie vorhanden ist. Es gäbe also noch andere als die von Keynes genannten Argumente, um diese Unterscheidung als nicht zielführend zu erachten.

Die Grundthese der klassischen Nationalökonomie ist, dass die einzelwirtschaftliche Nutzenmaximierung (Haushalt, Unternehmen) auch gleichzeitig den gesamtwirtschaftlichen Nutzen maximiert. Das Paradebeispiel hierfür ist der vielgenannten Bäcker in Wealth of Nations von Adam Smith. Dieser backt keine Brötchen, um andere Leute glücklich zu machen, aber seine einzige Möglichkeit, seinen eigenen Nutzen zu optimieren, besteht darin, möglichst gute Brötchen, möglichst billig zu produzieren.

Für die klassische Nationalökonomie hat der Wettbewerb also die Funktion, die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt zu steigern.

Der berühmte homo oeconomicus, der allein seine individuelle Nutzenmaximierung im Blick hat, kann nur vor diesem Hintergrund verstanden werden. Ohne Wettbewerb ist der homo oeconomicus kein sinnvolles Konzept.

Dieses Moment marktwirtschaftlicher Ordnungen kann kaum überschätzt werden und wird von Keynes auch nicht kritisiert.

Wir haben uns auf der www.economics-reloaded.de mit zahlreichen Systemen beschäftigt, wo diese systemimmanente Kontrolle nicht vorhanden ist, etwa der Rechtssprechung, dem Bildungswesen, der öffentlichen Verwaltung. Liegt keine systemimmanente Kontrolle vor, muss diese Kontrolle durch andere Mechanismen gewährleistet werden, die aber selten eine so durchschlagende Wirkung entfalten, wie der Wettbewerb.

Ein weiteres zentrales Moment, von Keynes ebenfalls nicht kritisiert, ist die Steuerung der Wirtschaft über Preise. Preise zeigen einerseits Knappheitssignale an, führen aber andererseits, aufgrund der Tatsache, dass sich Knappheiten in hohen Preisen widerspiegeln, dazu, dass diese Knappheiten beseitigt werden, da die Möglichkeit zur Gewinnerzielung entsprechend sind.

Damit haben wir die entscheidenden Unterschiede zu planwirtschaftlichen Ordnungen erfasst. Bei planwirtschaftlichen Ordnungen erfolgt die Koordination der wirtschaftlichen Aktivitäten über einen Plan. Damit dieser sinnvoll ist, muss die zentrale Einheit über so viele Informationen verfügen, wie die individuellen Akteure in der marktwirtschaftlichen Ordnung. Es liegt in der Natur der Dinge, dass dies nicht der Fall ist.

Das einzelne Unternehmen ist über seine Handlungsalternativen immer besser informiert, als eine zentrale Stelle und der einzelne Haushalt kennt seine Bedürfnisse und Präferenzen besser, als eine staatliche Plankommission.

Die dezentrale Koordination über Preise ist also flexibler, als eine Koordination über eine staatliche Stelle.

Diese zwei Momente, Wettbewerb und dezentrale Koordination über Preise, sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer Wirtschaftsordnung. Daran will auch Keynes, auch wenn man ihm dies hin und wieder unterstellt, nichts ändern.

Der Ordoliberalismus ist also nur ein Nebensatz zu Adam Smith. Adam Smith sah den Wettbewerb zwar als notwendig an, konstatierte aber Tendenzen, die darauf abzielen, eben diesen Wettbewerb auszuschalten.

Für den Ordoliberalismus ist es Aufgabe des Staates durch eine entsprechende Ordnung dafür zu sorgen, dass die Wettbewerbsintensität ausreichend ist, um die Kontrollfunktion des Wettbewerbs zu gewährleisten.

Die Probleme marktwirtschaftlicher Ordnungen, charakterisiert durch Wettbewerb und dezentrale Informationsverarbeitung durch Preise, sind nun hinlänglich bekannt.

Es gibt Probleme mit der Verteilung und es herrscht keineswegs, auch wenn die Klassik das Gegenteil behauptet, Vollbeschäftigung. Richtig an der klassischen Theorie sind also nur die oben genannten Elemente. Unstrittig ist nur, dass der Wettbewerb die wirksamste Art der Kontrolle ist, und die dezentrale Informationsverarbeitung über Preise effizienter ist, als zentrale Planung.

Die Verteilung ergibt sich in der Klassik aus der Entlohnung der Produktionsfaktoren. Je knapper ein Produktionsfaktor ist, desto höher ist die Entlohnung. Es ist nun hinlänglich bekannt, dass die Einkommen breiter Schichten so niedrig sein können, dass das politische System instabil ist. Auf der anderen Seite kann aber auch die Entlohnung nicht einfach staatlich festgesetzt werden, weil dadurch der Anreiz für die Arbeitnehmer sich an strukturelle Veränderungen der Wirtschaft anzupassen schwinden würde.

Eine Antwort auf diese Frage bietet die soziale Marktwirtschaft. Die soziale Marktwirtschaft greift zwar nicht in die Allokation der Produktionsfaktoren ein, verhindert also nicht, dass auf Knappheitssignale adäquat reagiert wird, spricht sich aber für eine nachträgliche Umverteilung des Volkseinkommens aus.

Zum zweiten Problem marktwirtschaftlicher Ordnungen, Arbeitslosigkeit, hat die Klassik nicht viel zu sagen. Fasst man die wortreich dargebotenen Vorstellungen der Klassik, und aller Strömungen, die auf den Konzepten der Klassik aufsetzen, zusammen, so lautet die schlichte These, dass es gar keine Arbeitslosigkeit gibt. Da es gar keine gibt, braucht man auch keinen Ansatz, um dieses Problem zu lösen.

Hier haben wir nun einen ganz entscheidenden Unterschied zwischen Keynes und allen anderen Strömungen der Volkswirtschaftslehre.

Für die Klassik ist Arbeitslosigkeit ein Problem, das sich langfristig von alleine löst, nämlich dann, wenn die Arbeitnehmer ihre überzogenen Lohnvorstellungen an die Realität anpassen.

Für Keynes ist eine dauerhafte Arbeitslosigkeit möglich und kann insbesondere nicht durch eine Lohnsenkung beseitigt werden.

Allerdings hat Keynes auch nicht behauptet, dass man sie allein mit einer expansiven Fiskalpolitik beseitigen kann. Die Gründe des Malheurs liegen tiefer.

II.2 Geld oder Kapital. Was wird gespart und wie wird gespart.

Wenn wir uns über Keynes unterhalten, müssen wir mal die Begriffe sortieren. Wir haben anhand von Zitaten auf der www.economics-reloaded.de gezeigt, dass die Klassiker Kapital und Geld als Synonyme verwenden, oft sogar innerhalb desselben Absatzes.

Karl Marx hat die zwei korrekten und wichtigen Elemente der klassischen Theorie, Wettbewerb und dezentrale Informationsverarbeitung, zwar eliminiert, dafür aber die wenig zielführenden Vorstellungen über den Charakter des Kapitals übernommen.

Unabhängig von der Tatsache, dass die Klassik und Karl Marx Geld und Kapital als Synonyme verwenden, ergibt sich die Einheit aus Geld und Kapital auch aus der Logik der Dinge bzw. der Logik der klassischen Nationalökonomie.

Die ganze Klassik sowie alle Strömungen, die auf deren Konzepte aufbauen, inklusiv Karl Marx, gehen davon aus, dass Kapital in die jeweils rentabelste Verwendung fließt.

Soll heißen: Kann der ‚Kapitalist‘ mehr in der einen Branche verdienen als in der anderen, dann wird er sein Kapital umschichten. Weg von der weniger rentablen Branche hin zur rentableren Branche. Damit das gelingt, muss das Kapital aber in liquider Form vorliegen. Man kann sich zwar mit Geld in ein Softwareunternehmen einkaufen bzw. eines gründen, nicht aber mit einem Bagger oder einem Mähdrescher. Wenn also in der Klassik davon gesprochen wird, dass Kapital angelegt wird, dann ist eigentlich gemeint, dass Geld angelegt wird und wir werden noch sehen, dass das ein ganz gewaltiger Unterschied ist.

Weiter gibt es in der Klassik, wie sattsam bekannt, drei Produktionsfaktoren: Arbeit, Kapital und Boden. Die Arbeit erhält hier einen Lohn, das Kapital einen Profit und der Boden eine Rente.

Was die Rente genau ist, müssen wir hier nicht klären. Wer sich dafür interessiert, der möge zur www.economics-reloaded.de gehen und sich das Kapitel über David Ricardo durchlesen. Uns interessiert nur, dass die einzelnen Produktionsfaktoren nach Maßgabe ihrer Knappheit entlohnt werden. Allerdings ist der Zusammenhang ein bisschen komplexer. Wir sehen ein, dass man Arbeit entlohnen muss, denn ansonsten wird a) niemand arbeiten und b) hätten wir auch bald keine Arbeit mehr.

Darüber, wie man den Boden entlohnt, kann man diskutieren. Auch über die These, ob Boden knapp ist, wie die Klassik hypostasiert oder ob es nicht vielmehr Wasser ist, das knapp ist, kann man diskutieren, interessiert uns aber nicht. Mit der These, dass man für die Nutzung des Bodens irgendwas bezahlen muss, können wir leben und wie man den Boden entlohnt, ist für die keynessche Theorie auch völlig irrelevant.

Also für Arbeit und Boden muss man irgendwas bezahlen, das ist klar. Der Preis für Arbeit, also der Lohn, und der Preis für Boden, also die Rente, haben auch eine Preisfunktion, also eine sinnvolle Funktion innerhalb einer marktwirtschaftlichen Ordnung, signalisieren also Knappheit und lenken die Ressourcen.

Sollen sich die Arbeitswelt an strukturelle Änderungen anpassen, dann braucht es einen Anreiz. Verdient der Informatiker nicht mehr als der Metzgermeister, hat der Metzgermeister keinen Anreiz, sich zum Informatiker ausbilden zu lassen. Der Bauer kann nicht dazu bewegt werden, seinen Betrieb aufzugeben und in der Industrie zu arbeiten, wenn er dort nicht mehr verdient.

Damit ein Grundbesitzer wiederum sein Land verkauft, damit dieses Bauland werden kann, muss es einen Anreiz geben. Nur wenn er durch den Verkauf seiner Grundstücke und die Umwidmung zum Bauland mehr verdient, als mit dem Anbau von Mais, der anschließend von Argentinien importiert wird, wird er sein Bauland verkaufen.

Das ist banal, aber das müssen wir jetzt verstehen. Lohn und Rente sind Preise im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung. Diese Preise haben einen sinnvollen Informationsgehalt, zeigen Knappheiten an und führen zu wirtschaftlich sinnvollen Umstrukturierungen.

Und jetzt kommt der entscheidende Punkt, den man verstehen muss. Kapital, worunter in der Klassik und bei Karl Marx eigentlich Geld verstanden wird, ist in der klassischen Nationalökonomie knapp. Weil es knapp ist, hat es in der klassischen Nationalökonomie auch einen Preis. Nur Dinge die knapp sind, haben einen Preis. Luft, Sonne, Sand in der Wüste etc. haben keinen Preis, weil sie nicht knapp sind.

Warum ist es in der klassischen Nationalökonomie knapp? Es ist knapp, weil es eines Opfers bedarf, um es zu erlangen.

In der klassischen Nationalökonomie ist Kapital das Resultat nicht konsumierter Einnahmen der Vergangenheit. Hat aber jemand auf Konsum verzichtet, in der Hoffnung, in der Zukunft umso mehr konsumieren zu können, dann ist Kapital knapp. Braucht es ein Opfer, um an etwas zu gelangen, dann ist dieses etwas knapp. Naheliegenderweise. Es entsteht nur, wenn die Kompensation, die man für das Opfer erhält, ausreichend ist.

Etwas was knapp ist, also z.B. Kapital in der klassischen Nationalökonomie, hat deshalb naheliegenderweise einen Preis, den Profit auf das Kapital eben, und wäre es knapp, dann hätte dieser Preis auch eine marktwirtschaftlich sinnvolle Funktion.

Zum einen brächte er Konsum und Investition in Ausgleich. Damit der Verzicht auf Konsum in der Gegenwart den Präferenzen für (höheren) Konsum in der Zukunft entspricht, muss das Verhältnis über einen Preis austariert werden. Je höher dieser ist, also je größer der Profit, desto eher wird auf Konsum in der Gegenwart zugunsten von Konsum in der Zukunft verzichtet. Der Konsum in der Zukunft wiederum fällt dann besonders üppig aus, wenn es rentable Investitionen gibt, die hohe Profite abwerfen.

Auf der anderen Seite würde, wenn der Preis für Kapital, also der Profit, ein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung wäre, also eine Signal- und Lenkungsfunktion hätte, er auch dafür sorgen, dass das Kapital optimal alloziert wird, das heißt in die Verwendung wandert, wo der Profit am höchsten ist.

Der Knackpunkt ist also, dass Kapital in der Klassik ein Produktionsfaktor ist, das heißt ein knappes Gut.

Der fatale Fehler der Klassik und aller ökonomischen Richtungen inklusiv des Marxismus, die auf den Konzepten der Klassik aufbauen, besteht nun darin, dass Kapital mit Geld verwechselt wird.

Anders formuliert: Geld für investive Zwecke ist, in der klassischen Nationalökonomie, nicht konsumiertes Einkommen aus der Vergangenheit. Zwar nennen sie dieses Geld Kapital, aber es ist Geld. Da beginnt das Malheur.

Versteht man nämlich unter Kapital schlicht Geld, was sinnvoll ist, denn Kapital kann nur in seiner liquiden Form, also in Form von Geld, investiv verwendet werden, dann ist es eben überhaupt nicht knapp und auch nicht das Resultat eines in der Vergangenheit erbrachten Opfers. Wie viel Geld die Zentralbank zur Verfügung stellen will, ist eine rein politische Entscheidung, die sich an der makroökonomischen Situation orientiert.

Geld ist also per se nicht knapp und folglich kann der Zins, also der Preis für Geld, auch kein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung sein.

Vereinfacht: Der Geldmarkt ist, bei Keynes, kein Kartoffelmarkt. Sind Kartoffeln teuer, weil die Nachfrage das Angebot übersteigt, dann werden die Bauern mehr Kartoffeln anpflanzen. Der Preis zeigt Knappheit an und es ist für die Bauern ökonomisch interessant, diese zu beseitigen.

Der Zins für Geld ist aber kein Preis in diesem Sinne, er hat keine Lenkungsfunktion. Zwar werden bei hohen Zinsen nur die Investitionen getätigt, die diesen hohen Zins auch bedienen können, aber eine Allokationswirkung hat der Zins trotzdem nicht, denn die rentable Investition hätte auch bei einem niedrigen Zins die Produktionsfaktoren, z.B. qualifizierte Arbeit, höher entlohnen und damit an sich binden können. Der Zins ist lediglich ein Kostenfaktor, der von den Unternehmen zu tragen ist, der aber keine Allokationswirkung entfaltet.

Dass Geld kein Produktionsfaktor ist, wie etwa Rohstoffe, die man da einsetzt, wo sie die höchsten Renditen abwerfen, erkennt man auch daran, dass die Zentralbanken den Preis für Geld festlegen.

Der Preis für Geld kann 0,25 Prozent betragen, wie derzeit, wir schreiben das Jahr 2014, oder 6 Prozent. Das legt die Zentralbank aufgrund ihrer Beurteilung der makroökonomischen Lage fest.

Um es ganz präzise zu formulieren: Eine Lenkungsfunktion hat der Preis nur in der Vollbeschäftigung, wobei die Klassik ja immer von Vollbeschäftigung ausgeht. Bei Vollbeschäftigung gibt es einen Trade-off zwischen der Produktion von Konsumgütern und der Produktion von Investitionsgütern. Der Zins hat in dieser Situation eine Preisfunktion. Ein hoher Zins ist ein Anreiz zum Sparen und wer spart, konsumiert nicht. Die Nachfrage nach Konsumgütern geht also zurück, Produktionsfaktoren werden frei, die für die Produktion von Investitionsgütern verwendet werden können.

Auf der anderen Seite steht Geld zu investiven Zwecken zur Verfügung, was wiederum dazu führt, dass die Leute, die jetzt nicht mehr in der Konsumgüterindustrie beschäftigt sind, in der Investitionsgüterindustrie arbeiten.

Nochmal: Der Preis für Arbeit, der Lohn, hat immer eine Lenkungsfunktion, sowohl in der Unterbeschäftigung, wie auch bei Vollbeschäftigung. Auch in der Unterbeschäftigung muss sich die Qualifikation an die wirtschaftlichen Strukturen anpassen und das geht nur, wenn unterschiedliche Qualifikationen auch unterschiedlich entlohnt werden.

Der Preis für Geld allerdings, der Zins, hat in der Unterbeschäftigung keine Lenkungsfunktion, denn auch ohne den Zins könnte sich die rentablere Investition gegen die unrentablere durchsetzen, weil sie die tatsächlich knappen Ressourcen besser entlohnen kann.

Allerdings kann ein zu hoher Preis für Geld Investitionen und damit Vollbeschäftigung verhindern.

Wir vernachlässigen jetzt die Tatsache, dass nicht die rentablere Investition sich durchsetzt, sondern die

Investition, die Sicherheiten bietet. Wer eine umfassendere und komplexere Diskussion sucht, sei auf die www.economics-reloaded.de verwiesen.

Das gleiche Problem wie mit dem Begriff Kapital, das heißt die Gleichsetzung von Kapital mit Geld und die Vorstellung, dass Kapital ein Produktionsfaktor ist, haben wir auch mit dem Begriff sparen.

Sparen, oder bei Karl Marx und Jean Baptiste Say akkumulieren, heißt nicht konsumieren von Einnahmeströmen der Gegenwart. Das Angesparte ist dann das Resultat von nicht konsumierten Einnahmeströmen der Vergangenheit. Diese Mittel können investiv verwendet werden, wobei Investitionen in der Klassik nur möglich sind, wenn vorher ein Opfer erbracht wurde. Sparen, das ist der Zusammenhang, der für das Verständnis der keynesschen Theorie entscheidend ist, ist also eine Bedingung für investieren und nicht, wie bei Keynes, wir kommen hierzu gleich, das Resultat der Investition.

Dass die Theorie der Klassik falsch ist, kann man ohne weiteres verstehen. Will ein Unternehmer eine Erweiterungsinvestition tätigen, z.B. einen Kran kaufen, dann kann er natürlich vorher sparen, also Teile seiner Gewinne nicht konsumieren. In diesem Fall verhält er sich so, wie die klassische Nationalökonomie sich das vorstellt. Gespart, im Sinne von nicht konsumieren, hat er in der Vergangenheit.

Er kann aber auch genauso gut zur Bank gehen und dort einen Kredit aufnehmen. Die Bank kann ihm diesen Kredit gewähren und das Geld entweder über Giralgeldschöpfung schöpfen oder es sich von der Zentralbank ausleihen. Zahlt er den Kredit zurück, wird das zuvor geschaffene Geld anschließend wieder vernichtet.

Gespart allerdings wird in diesem Fall in der Zukunft. Dem Unternehmer stehen Einnahmeströme der Zukunft nicht mehr für konsumtive Zwecke zur Verfügung. Sparen, nicht konsumieren von Einnahmeströmen, findet also in der Zukunft statt und war auch nicht die Bedingung für die Investition, sondern die Konsequenz dieser Investition. Die zusätzlichen Einnahmeströme, mit denen der Kredit getilgt wurde, sind von der Investition induziert worden, waren aber nicht deren Bedingung.

Wir müssen also präzisieren, was wir unter sparen eigentlich verstehen. In der Klassik ist sparen das nicht Konsumieren gegenwärtiger oder vergangener Einnahmeströme. Bei Keynes ist sparen nicht konsumieren von Einnahmeströmen in der Zukunft.

Das ist etwas total anderes. Ist Sparen das nicht Konsumieren von Einnahmeströmen der Vergangenheit, wobei sparen ein Opfer bedeutet, dann ist Kapital, das für investive Zwecke zur Verfügung steht, knapp und der Preis für Kapital, der Profit, ist ein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung. Wer ein Opfer erbringt, fordert einen Ausgleich für sein Opfer, welcher nur von hochrentablen Investitionen erbracht werden kann.

Ist sparen aber nicht konsumieren von Einnahmeströmen in der Zukunft, dann ist es nicht knapp, steht sogar desto reichhaltiger zur Verfügung, je mehr investiert wird. Ein Opfer ist dann auch nicht mehr nötig, weil sparen ja durch das nicht Konsumieren von Einnahmeüberschüssen erzielt wird, die andernfalls gar nicht entstanden wären.

Jemandem, der durch eine Investition von 10000 Euro im Jahr mehr verdient als ohne diese, zu erklären, dass er ein Opfer erbringt, weil er von diesen zusätzlichen 10000 Euro eine gewisse Summe zur Kredittilgung beiseite legen muss, ist schwierig. Folgte man dieser Logik, würde niemand Investitionen über Kredite finanzieren.

Die entscheidende Konsequenz aus dieser unterschiedlichen Auffassung über das sparen ist aber eine andere. Wird Kapital, im Grunde Geld, als knapper Produktionsfaktor gesehen, dann folgt hieraus, dass manche Investitionen, die den entsprechenden Preis für Kapital nicht bezahlen können, nicht zustande kommen, was die Arbeitslosigkeit erhöht.

Wird z.B. von einer Immobilie verlangt, dass sie fünf Prozent pro Jahr an Rendite abwirft, weil ansonsten der Kredit nicht bedient werden kann, werden weniger Häuser gebaut und damit weniger Leute beschäftigt, als wenn dieses Haus nur drei Prozent Rendite erwirtschaften muss.

Ist Geld aber kein knappes Gut, dann kann der Zinssatz auf ein Niveau abgesenkt werden, bei dem Vollbeschäftigung herrscht.

Wie stark die klassische Nationalökonomie in ihrem Irrtum verfangen ist, erkennt man auch daran, dass

sie davon ausgeht, dass Kapitalsammelstellen ausschließlich Ersparnis im Sinne von nicht konsumierten Einnahmeströmen aus der Vergangenheit zur Verfügung stellen können. Banken können aber auch Geld schaffen und tun dies ständig. Wir vereinfachen jetzt die Diskussion und verweisen wieder auf die www.economics-reloaded.de. Tatsächlich hat Adam Smith den Charakter des Geldes verstanden. Allerdings hat er die Tragweite seiner Gedanken nicht erfasst.

Weiter ist es für die klassische Nationalökonomie selbstverständlich, dass sparen automatisch zu Investitionen führt, ein Zusammenhang, der weit weniger plausibel ist, als die umgekehrte These, nämlich dass Investitionen automatisch zu sparen führen.

In der klassischen Nationalökonomie wird entweder konsumiert oder gespart und das, was gespart wird, wird auch investiert. Das heißt im Umkehrschluss, dass das gesamte Angebot auch vom Markt absorbiert wird.

Wir werden gleich sehen, dass diese These erschüttert wird, wenn es außer konsumieren und investieren noch etwas Drittes gibt, nämlich die Investition in geldnahe Produkte.

Weniger problematisch ist aber die umgekehrte Logik, nämlich dass jede Investition ein Sparvolumen induziert, das den Kredit tilgen kann. Zumindest Unternehmer werden keine kreditfinanzierte Investition tätigen, wenn sie nicht damit rechnen, diesen auch tatsächlich tilgen zu können.

Die keynesische Kritik an der klassischen Vorstellung bezüglich des Kapitals im Sinne von nicht konsumiertem Einkommen der Vergangenheit ist aber viel radikaler.

Erstens geht Keynes davon aus, dass man Kapital im Sinne der Klassik gar nicht braucht um zu investieren. Kapital im Sinne der Klassik, nicht konsumiertes Einkommen der Vergangenheit, ist allerhöchstens eine notwendige Beschränkung der Investitionstätigkeit bei Vollbeschäftigung, aber keinesfalls notwendige Bedingung für Investitionen.

Zweitens schwächt Sparen die Nachfrage. Ist eine Wirtschaft ohnehin schon unausgelastet, dann wird ein Rückgang des Konsums durch sparen zu einem weiteren Rückgang der Nachfrage führen.

Insbesondere kann auch, bei Unterbeschäftigung, sparen die nötige Umstrukturierungsprozesse nicht fördern. Die innovativen Branchen sind auf sparen im Sinne von nicht konsumierten Einnahmeströmen der Vergangenheit nicht angewiesen und die weniger wettbewerbsfähigen Branchen werden geschwächt.

Cum grano salis: Die neoklassische Nationalökonomie stellt die kühne These auf, dass eine Strukturanpassung einfacher ist, wenn die Zinsen hoch sind. Das wäre richtig, wenn der Zins eine Allokationswirkung hätte. Die hat er aber nicht.

Konkret: Was im Moment in Griechenland versucht wird, über sparen nötige Umstrukturierungen zu erzwingen, kann nicht gelingen.

Das dritte Argument ist etwas komplexer, wir kommen darauf zurück. Sparen hängt nicht ab vom Zins, sondern vom Einkommen. Keynes argumentiert anders, wir sehen das aber schon ansatzweise, wenn wir an einen Kredit denken. Es sind die Einkommen, die durch den Kredit induziert werden, die zu einer höheren Sparsumme führen. Der hohe Zins führt erstmal nur dazu, dass Investitionen verhindert werden und damit die Einkommen geringer sind, als sie sein könnten.

Cum grano salis: In der klassischen Nationalökonomie sorgt ein hoher Zins dafür, dass Kapital für investive Zwecke zur Verfügung gestellt wird. Bei Keynes sorgt er vor allem mal dafür, dass alle Investitionen, die diese Hürde nicht überspringen können, verhindert werden.

Der Grund hierfür ist, dass in der klassischen Nationalökonomie Kapital knapp ist und bei Keynes nicht.

III. Keynesische Theorie

Es ist sinnvoll, sich mal den Titel des Werkes von Keynes anzuschauen. Das Buch heißt *General Theory of Employment, Interest and Money* oder *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*. Es geht also um die Beschäftigung, den Zins und das Geld.

Den Teil Beschäftigung heben wir uns für später auf. Um es ganz knapp zu sagen. Die Klassik läuft so: Wie viel produziert wird hängt vom Arbeitsmarkt ab. Herrscht Unterbeschäftigung, dann muss der Lohn solange sinken, bis Vollbeschäftigung herrscht. Sinkt der Lohn, sinken die Preise und damit kann dann auch mehr abgesetzt werden. Aus dem hieraus resultierenden Einkommen ergibt sich, in Abhängigkeit vom Zins, das Sparvolumen, das wiederum über die Investitionen entscheidet. Dass man dieser Logik irgendwas nicht stimmen kann, lesen wir täglich in der Zeitung. Detailliert wollen wir auf die Theorie nicht eingehen und verweisen auf die www.economics-reloaded.de.

Beschäftigen wir uns also erstmal mit Zins und Geld.

Wir haben, siehe Kapitel über die Klassik, bereits gesehen, dass in der Klassik der Zins der Preis ist für Kapital, wobei Kapital und Geld einerseits in der Klassik das Gleiche ist, und andererseits das Resultat eines Opfers. Geld und Kapital ist also knapp und was knapp ist, hat einen Preis.

Wenn aber Kapital im Grunde Geld ist, dann ist es per se nicht knapp. Man kann das drucken. Der Zins ist also kein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung. Was aber ist dann der Zins, bzw. wie kommt er zustande und welche Funktion hat er?

Um das zu verstehen, müssen wir ein bisschen ausholen. Der Zins bildet sich nämlich bei Keynes auf dem Geldmarkt und dieser hat nur ganz bedingt etwas mit dem Realgütermarkt zu tun.

Keynes unterscheidet drei Funktionen des Geldes. Zum einen braucht man es, um das Volkseinkommen umzusetzen. Man braucht also eine Transaktionskasse. Das heißt man braucht es, um Dinge zu kaufen. Dafür muss man es nicht unbedingt im Geldbeutel haben, man kann auch mit Kreditkarten bezahlen, aber es muss auf jeden Fall völlig flüssig sein, das heißt problemlos von einer Verwendung in die andere übertragen werden können. Das ist die Transaktionskasse.

Dann lassen manche Leute einen Teil ihres Geldes einfach so auf dem Girokonto liegen oder legen es sonst wie beiseite, um gegen eventuelle Widerwärtigkeiten des Zeitenlaufs gewappnet zu sein. Diese Funktion ist für Keynes relativ bedeutungslos. Er nennt sie, ohne dass sie für seine Theorie eine besondere Bedeutung hat. Beim Vorsichtsmotiv spielen Renditeerwartungen keine Rolle.

Eine bestimmte Menge Geld wird aber aus spekulativen Gründen gehalten. Hierbei wird auf eine Rendite bewusst verzichtet. Das ist also Geld, das ebenfalls auf dem Girokonto rumliegt und kaum Erträge abwirft. Ein solches Verhalten ist in der klassischen Theorie irrational und da die Klassik ja rationales Verhalten voraussetzt, kann es so was nicht geben.

In der neoklassischen Nationalökonomie wird Geld entweder konsumiert oder eben gespart, was ja dann wiederum das Investitionsvolumen erhöht, was dann wiederum zu einem höheren Konsum in der Zukunft führt, der für das Opfer in der Gegenwart entschädigt.

Erachten die Wirtschaftssubjekte also eine Investition als zu riskant, dann konsumieren sie eben mehr. Sie werden aber, in der neoklassischen Theorie, nicht sparen, wenn es dafür keine Entschädigung gibt, weil der Konsum in der Gegenwart einem gleich hohen Konsum in der Zukunft vorgezogen wird.

Bei Keynes und in der Realität gibt es aber außer konsumieren und sparen, bzw. investieren, noch etwas Drittes. Man kann nämlich Geld in einer Form halten, die fast genau so liquide ist wie Geld selbst, aber dennoch eine Rendite abwirft, nämlich börsennotierte Wertpapiere.

Börsennotierte Wertpapiere sind deshalb sicher, weil die Entscheidung für die Investition jederzeit rückgängig gemacht werden kann. So schnell wie man für Geld ein Wertpapier kaufen kann, so schnell kann man ein Wertpapier auch wieder in Geld zurückverwandeln. Es gibt von daher, bei Keynes, eine Liquiditätspräferenz.

Damit stellt Keynes dann zwischen Zins und Volkseinkommen folgende Beziehung her. Für die Details verweisen wir wieder auf die www.economics-reloaded.de.

Geht man von einer konstanten Geldmenge aus, dann ist der Bedarf an Transaktionskasse bei einem niedrigen Volkseinkommen gering, da ja nur wenig Güter gehandelt werden. Es gibt also relativ viel Geld, bei dem die Leute sich zwischen zwei Optionen entscheiden müssen. Entweder sie lassen es zinslos oder fast zinslos irgendwo liegen, oder sie investieren es irgendwie.

Das wäre kein Problem, wenn es nicht die Börse gäbe, also die Möglichkeit liquider und damit sicherer Anlagen, die trotzdem noch eine Rendite abwerfen. Gäbe es die Börse nicht, müssten die Leute entweder konsumieren oder investieren, was beides nachfragewirksam wäre.

Hätten die Leute also nur die Möglichkeit zwischen konsumieren und investieren, wäre die Welt in Ordnung. Beide Tätigkeiten führen zu mehr Beschäftigung.

Bedauerlicherweise haben sie aber noch die Möglichkeit, börsennotierte Wertpapiere zu kaufen, was keinerlei Beschäftigungswirkungen hat.

Die illiquide Realinvestition, eine solarbetriebene Wasserentsalzungsanlage zum Beispiel, kann nicht in Geld rückkonvertiert werden. Erfüllen sich die Erwartungen in die Rentabilität dieser Anlage nicht, dann kann das Geld nicht zurückgezogen werden.

Die Realinvestition tritt also in Konkurrenz zu börsennotierten Wertpapieren und muss eine sehr viel höhere Rendite abwerfen, um realisiert zu werden, wobei natürlich immer die Möglichkeit verbleibt, wenn beide Optionen als sehr unsicher erscheinen, das Geld einfach in der Spekulationskasse liegen zu lassen. Je größer jedoch die Spekulationskasse ist, desto mehr Leute werden sich finden, die ihr Geld in der einen oder anderen Form anlegen.

Keynes nennt als Grund für die Präferenz für liquide Anlagen Unsicherheit. Diese kann verringert werden, wenn eine Entscheidung revidierbar ist, was umso eher möglich ist, je liquider eine Anlage ist und börsennotierte Wertpapiere sind sehr liquide.

Den Begriff Unsicherheit könnte man natürlich präzisieren. Unsicherheit entsteht auch durch Unwissenheit. Realinvestitionen sind schwerer zu bewerten, als Finanzinvestitionen. Börsennotierte Wertpapiere sind ein homogenes Produkt. Als Wertpapier ist die Aktie eines Chemieunternehmens das Gleiche, wie die Aktie eines Automobilunternehmens oder eines Internetkonzerns. Man muss weder eine Ahnung haben von der Chemieindustrie noch von der Automobilindustrie, um mit ihr zu handeln.

Bei der solarbetriebenen Wasserentsalzungsanlage, um bei unserem Beispiel zu bleiben, ist das anders. Um eine solche Investition zu bewerten, bedarf es einer detaillierten Kenntnis solcher Anlagen. Man muss wissen, wie viel Wasser sie produziert, welche Flächen damit bewässert werden können, welche landwirtschaftlichen Erträge dann erzielt werden können und welche Preise für diese Erträge erzielt werden können. Damit sind Kapitalsammelstellen, also Banken und Versicherungen, überfordert.

Auf jeden Fall ist die Spekulationskasse bei einem niedrigen Volkseinkommen hoch und die risikobereiten haben investiert, vornehmlich in börsennotierte Wertpapiere. Deren Kurs ist folglich hoch und damit die Verzinsung niedrig.

Erhält man 10 Euro Dividende auf ein Wertpapier, das 100 Euro kostet, ist das relativ viel. Erhält man 10 Euro Dividende auf ein Wertpapier, das 400 Euro kostet, ist das relativ wenig. Desto höher als der Kurs, desto niedriger die Verzinsung dieses Wertpapiers.

Steigt nun das Volkseinkommen, so steigt auch der Bedarf an Transaktionskasse. Ein Teil der börsennotierten Wertpapiere muss verkauft werden, um diesen Bedarf zu decken. Deren Kurse sinken, da nicht damit zu rechnen ist, dass die Leute, die ihr Geld in der Spekulationskasse halten, diesen Rückzug kompensieren werden. Sinken aber die Kurse der Wertpapiere, steigen die Zinsen.

Einfacher formuliert: Wenn die Risikofreudigen Wertpapiere gehalten haben und sich jetzt zurückziehen, dann steigen wegen der höheren Verzinsung Risikoscheuere ein. Im Durchschnitt halten jetzt also mehr Risikoscheue die Wertpapiere, was nur möglich ist, wenn die Zinsen höher sind.

Das geht solange, bis keine Spekulationskasse mehr vorhanden ist. Irgendwann sind die Zinsen so hoch, dass niemand mehr Spekulationskasse hält. Ein weiterer Anstieg des Volkseinkommens ist nur möglich, wenn die Transaktionskasse durch den Verkauf von Wertpapieren aufgefüllt wird.

Das wiederum führt zu einem solchen Anstieg der Zinsen, dass eine weitere Ausdehnung des

Volkseinkommens nicht möglich ist, wenn die Zentralbank die Geldmenge konstant hält, was sie aber erst dann tun wird, so sich rational verhält, wenn Vollbeschäftigung erreicht ist.

Die Kurse der Wertpapiere sind sehr niedrig, die Zinsen sehr hoch. Keine Realinvestition kann diese Hürde überspringen.

Was sollte erklärt werden? Die klassische Nationalökonomie hat im eigentlichen Sinn gar keine Geldtheorie. Sie geht davon aus, und bis zum heutigen Tage gehen viele Leute davon aus, dass Geld lediglich in Form von Transaktionskasse gehalten wird, also nur dazu dient, die Waren umzusetzen. Steigt die Geldmenge, dann steigen proportional die Preise, ohne dass sich an den relativen Beziehungen der Preise was ändert. Geld ist lediglich ein Schleier, hat aber keine weitere Bedeutung.

Insbesondere hat Geld keine Bedeutung für den Zins. Steigt die Geldmenge, steigen die Preise und damit das nominelle Einkommen. Von diesem nominellen Einkommen wird ein Teil gespart und dieser wiederum wird investiv verwendet, wobei die Investitionen sich nominal proportional zum Einkommen erhöht haben. Alles ist also so geblieben, wie es war. Denkbar ist höchstens, ein Zusammenhang den David Ricardo andeutet, nämlich dass im Zinssatz die Inflation mitberücksichtigt wird und dieser folglich höher ist. Wir diskutieren aber solche und andere monetären Transmissionsmechanismen hier nicht und verweisen auf die www.economics-reloaded.de. An den Grundaussagen von Keynes ändert sich aber nichts, wenn man diese Mechanismen berücksichtigt.

Was man jetzt verstehen muss, ist das: In der klassischen Nationalökonomie herrscht immer Vollbeschäftigung. Durch eine Senkung des Lohnes kann diese immer erreicht werden. Der Zins entscheidet lediglich darüber, ob Investitionsgüter produziert werden oder Konsumgüter, da das knappe Gut Kapital nur erzeugt werden kann, wenn ein ordentlicher Preis dafür bezahlt wird. Zu Arbeitslosigkeit aufgrund mangelnder Nachfrage kann es nicht kommen, weil die Produktion entweder durch den Konsum oder die Investition abgesaugt wird.

In der keynesschen Theorie ist der Geldmarktzins, der letztlich von einem Kasino, der Börse, abhängt, der begrenzende Faktor. Es ist der Geldmarktzins, der den Maßstab für Realinvestitionen setzt.

Eine Realinvestition, die diese Hürde nicht überspringen kann, wird nicht realisiert.

Genau genommen ist es noch viel krasser, als Keynes sich das vorstellt. Minimale Gewinne sind gewaltig, wenn enorme Volumina bewegt werden können. (Allein der Umsatz an den Aktienmärkten betrug im Jahre 2013 sagenhafte 30 Billionen Dollar. Das entspricht dem Bruttoinlandsprodukt der USA, China, Deutschland und Japan und fast der Hälfte des weltweiten BIP von 70 Billionen Dollar.) Für Kapitalsammelstellen ist es attraktiver, an der Börse zu handeln, als sich mit Krediten von Unternehmen zu beschäftigen. Das dürfte der Grund sein, warum die billigen Refinanzierungsmöglichkeiten der Banken durch die Zentralbanken nicht an die Geschäftskunden weitergegeben werden. Kleine Kredite an Unternehmen, mit vergleichsweise hohen Kosten für die Verwaltung, interessieren Banken nicht.

Unter diesen Auspizien können nur Investitionen in hochinnovativen und hochrentablen Sektoren realisiert werden. Der Geldmarktzins ist die Schranke für die Beschäftigung.

III.1 Was stellt Keynes in Frage?

Sieht man von den Eingangs erwähnten zwei Elementen ab, die marktwirtschaftliche Ordnungen charakterisieren, dem Wettbewerb und der dezentralen Informationsverarbeitung durch Preise, stellt Keynes eigentlich alle Konzepte der klassischen Nationalökonomie in Frage, insbesondere aber die zentrale Annahme der neoklassischen Nationalökonomie, nämlich dass die Märkte zum Gleichgewicht zurückfinden, wobei Gleichgewicht in der klassischen Nationalökonomie auch relativ ist. Bei Ricardo ist das Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt auch dann erreicht, wenn die Arbeiter weniger erhalten, als den existenzsichernden Lohn, sie sterben dann nämlich und Tote sind nun mal nicht arbeitslos. Für Details siehe www.economics-reloaded.de.

Rekapitulieren wir das bislang Gesagte.

Sparen stellt in der Klassik das für investive Zwecke zur Verfügung stehende Kapital zur Verfügung. Gemeint ist aber konkret Geld und nicht Anlagen und Maschinen. Das ergibt sich zum einen aus der Tatsache, dass die Begriffe Geld und Kapital als Synonyme verwendet werden, oft innerhalb desselben Absatzes und

zum anderen aus der näheren Beschreibung. Kapital wird als etwas vorgestellt, das für beliebige Zwecke verwendet werden kann. Diese Eigenschaft besitzt nur Geld, weil der Empfänger es wiederum für beliebige Zwecke verwenden kann.

Weiter ist Kapital für investive Zwecke das Resultat von Konsumverzicht in der Vergangenheit, beruht also auf einem Opfer und ist deshalb knapp. Es hat einen Preis, nämlich den Zins, aus der Sicht des Sparerers, bzw. den Profit, aus der Sicht des Unternehmers. Kapital wird also nur zur Verfügung gestellt, wenn der Profit des Unternehmers einen so hohen Zins erwirtschaftet, dass der Sparer für sein Opfer entschädigt werden kann.

Das Problem bei dieser Logik ist, dass Geld auch ohne Opfer produziert werden kann und folglich diese Logik nicht greift. Kapitalsammelstellen wie Banken und Versicherungen erbringen kein Opfer, um an Geld zu gelangen. Sie arbeiten mit fremdem Geld, das unter Umständen die Zentralbanken drucken, und ob sie damit arbeiten oder nicht, hängt vom Risiko ab. Der Zins ist also der Preis, der gezahlt werden muss, um sie dazu zu bringen, den sicheren Hafen der absoluten Liquidität zu verlassen und je komplexer und unsicherer sich die Realwirtschaft darstellt, desto geringer ist ihre Neigung, dies zu tun.

Nur in der Vollbeschäftigung hat der Zins sowohl in der klassischen Nationalökonomie wie bei Keynes eine sinnvolle Funktion. Bei Vollbeschäftigung muss tatsächlich, soll das Volkseinkommen weiter ausgedehnt werden, die Produktion von Konsumgütern zu Lasten der Produktion von Investitionsgütern zurückgehen. Das erreicht man über einen hohen Zins. Dieser hohe Zins wird zu einem Anstieg der Sparquote führen und damit den Konsum zurückdrängen.

So ist auch der Titel des Werkes zu verstehen: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Keynes liefert eine allgemeine Theorie, die den Spezialfall der Klassik, nämlich Vollbeschäftigung, mit umfasst.

In der Unterbeschäftigung allerdings ist der Zins kein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung, was in der schlichten Tatsache begründet ist, dass Kapital für investive Zwecke, also Geld, überhaupt nicht knapp ist und was nicht knapp ist, hat nun mal auch keinen Preis.

Bei Unterbeschäftigung muss keine Entscheidung zwischen Konsumgütern und Investitionsgütern nicht getroffen werden. Im Gegenteil: Geht der Konsum zurück, sinkt die Investitionsbereitschaft, weil diese von der Nachfrage abhängt.

Wäre Kapital aber knapp, wäre ein Preis für Kapital auch bei Unterbeschäftigung höchst sinnvoll und mikroökonomisch betrachtet ist der Zins auch sinnvoll. Der einzelne Haushalt kann kein Geld schöpfen. Er hat eine bestimmte Menge Geld angespart und dieses will er möglichst rentabel anlegen. Er wird es also, so die Theorie, vermittelt über Kapitalsammelstellen an den Unternehmer ausleihen, der ihm die höchsten Zinsen bietet. Mikroökonomisch ist das richtig.

Makroökonomisch betrachtet ist Geld allerdings keine feste Größe und kann in beliebiger Menge produziert werden. Eine Diskriminierung ist von daher sinnlos.

Was heißt das für die Praxis? Momentan, wir schreiben das Jahr 2014, beschweren sich Sparer, Versicherungen, Banken und andere Kapitalsammelstellen wie Pensionsfonds darüber, dass die Zentralbanken sie enteignen, weil sie den Markt mit Geld fluten und es folglich immer schwieriger wird, angespartes Geld im Sinne der Klassik anzulegen.

Das kann man so sehen, das kann man aber auch anders sehen. Es gibt bei Unterbeschäftigung keinen plausiblen Grund, Geld künstlich knapp zu halten, nur damit die Besitzer von Geld einen guten Preis für ihr Geld erhalten und die Investitionen rauszukicken, die diese Hürde nicht überspringen.

Wir haben also ein skurriles Phänomen. Zwar ist Geld nicht knapp und der Zins kein Preis im marktwirtschaftlichen Sinn, trotzdem kann der Geldzins, bedingt durch das spekulative Verhalten der Kapitalsammelstellen, Investitionen verhindern und so die Wirtschaft permanent in der Unterbeschäftigung verharren lassen.

Es kann sogar eine Situation eintreten, bei der ein weiteres Fluten des Geldmarktes mit Geld zwar noch die Börsenkurse brummen lässt, die Zinsen also noch sinken, aber dies keine Auswirkungen mehr hat auf den Zinssatz der Kredite.

Vorstellbar ist sogar diese Situation, obwohl sie noch nie eingetreten ist. Gehen die Banken davon aus, dass die Börsenblase demnächst platzt, rechnen sie also damit, dass die Kurse der Wertpapiere fallen, dann werden sie nicht mal mehr weiteres Geld bei der Zentralbank abholen.

Der Zins hat also bei Keynes eine völlig andere Funktion als in der Klassik.

Viele Leute gehen davon aus, dass der Zins eine Allokationsfunktion hat, das heißt eine Preisfunktion, also die Ressourcen in die optimale Verwendung lenkt. Das tut er nicht. Die rentablere Investition kann Ressourcen über eine bessere Entlohnung abziehen. Der Zins könnte hierfür auch Null sein.

Geld ist kein Produktionsfaktor. Dass die klassische Nationalökonomie wie auch der Marxismus Kapital, also im Grunde Geld, für einen Produktionsfaktor hält, ist wohl der fatalste Fehler der klassischen Nationalökonomie, der eine ganze Kaskade von Fehlern nach sich zieht.

Die skurrile Ansicht der klassischen Nationalökonomie, dass sparen die Bedingung für investieren ist, beruht auf demselben Fehler. Das stimmt nur in der Vollbeschäftigung und nur in der Vollbeschäftigung ist eine Unterscheidung zwischen Geld und Kapital unnötig. In der Vollbeschäftigung gibt es keine freien Ressourcen und die Investitionstätigkeit kann nur auf Kosten des Konsums ausgedehnt werden. In dieser Situation muss tatsächlich in der Gegenwart auf Konsum verzichtet werden und sparen heißt nun mal Verzicht auf Konsum.

In der Unterbeschäftigung allerdings haben wir eine völlig andere Situation. Sparen ist geradezu schädlich. Was wir in dieser Situation mit Sicherheit nicht brauchen, ist eine Verringerung der Nachfrage und für neue Investitionen brauchen wir kein Sparen.

Der Zins ist in dieser Situation ein Hindernis, denn jede Investition, die die Administrationskosten der Banken plus das Risiko deckt ist sinnvoll, denn sie schafft Arbeitsplätze.

Allerdings muss gewährleistet sein, dass das Geld, das zuerst geschaffen wurde, anschließend auch wieder vernichtet wird. Das kann nur gelingen, wenn ein Risiko eingepreist ist. Vergibt eine Kapitalsammelstelle 10 Kredite à 1000 Euro und ein Kredit platzt, dann müssen die verbleibenden 9 das Geld innerhalb der Nutzungsdauer des Investitionsobjektes vernichten. Andernfalls hätten wir eine permanente Ausdehnung der Geldmenge.

Damit wird aber deutlich, dass Keynes unter sparen etwas völlig anderes versteht als die Klassik. In der Klassik ist sparen nicht konsumiertes Einkommen der Vergangenheit. Bei Keynes bedeutet sparen, dass ein Teil der durch die Investition induzierten Einnahmeströme nicht konsumiert wird.

Damit stürzt dann auch die gesamte klassische Nationalökonomie und alle Richtungen, die auf deren Konzepte aufsetzen, einschließlich de Marxismus, zusammen wie ein Kartenhaus.

Beispielhaft deklinieren wir das mal durch für David Ricardo. Die Details überspringen wir. Wer sich dafür interessiert, sei auf die www.economics-reloaded.de verwiesen.

David Ricardo geht davon aus, dass die Arbeiter immer nur einen gerade noch existenzsichernden Lohn erhalten, der Wert, der von ihnen geschaffenen Produkte aber diesen übersteigt. Dieser Mehrwert verbleibt beim Kapitalisten, der ihn wiederum investiert, also noch mehr Arbeiter einstellt, was wiederum zu einer höheren Nachfrage nach Nahrungsmitteln führt, die nur, da Boden knapp ist, zu höheren Preisen befriedigt werden kann. Der Kapitalist muss also mehr bezahlen, bis er irgendwann nichts mehr verdient.

Die Krux an dieser Theorie, wie bei allen Theorien der klassischen Nationalökonomie, ist, dass der Kapitalist Geld erhält. Verkauft er die Waren, hat er Geld und mit Geld investiert er. Geld ist aber lediglich bedrucktes Papier. Der Kapitalist hätte sich also nicht allmählich dem Endzustand zu nähern brauchen. Er hätte sich auch gleich das Geld von der Bank leihen können.

Besser wäre es also gewesen, der Kapitalist hätte seinen ganzen Mehrwert verkonsumiert und es sich gut gehen lassen und alle Investitionen, die er tätigen will, über Kredite finanziert. Er hätte dann zwar einen Teil seiner Einnahmeüberschüsse für Zinszahlungen ausgeben müssen, andererseits hätte er aber viel mehr Arbeiter einstellen können.

Naheliegenderweise hätten die Arbeiter das auch selbst machen können. Auch sie hätten zur Bank gehen können, so wie dies ja Millionen von Unternehmern täglich tun und sich dort das Geld ausleihen können.

Bestenfalls wird aus der Theorie ein Schuh, wenn man berücksichtigt, dass für die Vergabe von Krediten nicht die Rentabilität eines Investitionsprojektes ausschlaggebend ist, sondern die Sicherheiten, die der Investor bieten kann. Hiervon sehen wir aber in dieser Zusammenfassung ab. Näheres unter www.economics-reloaded.de.

Dasselbe gilt natürlich auch für den Marxismus. Auch dort wird höchst umständlich akkumuliert. Den Schritt hätte sich Marx sparen können. Die Kapitalisten werden von den Druckmaschinen der Zentralbanken expropriert.

In der Logik der Klassik sind Investitionen und damit ein hoher Beschäftigungsgrad nur möglich, wenn die Kapitalisten sparen. Obwohl unter Kapital letztlich Geld verstanden wird, ist dieses knapp und setzt der Investitionstätigkeit eine Schranke.

Tatsächlich ist Geld aber gar nicht knapp und es erfordert auch kein Opfer, selbiges zu erlangen. Was der Investition eine Schranke setzt ist Unsicherheit. Der Zins ergibt sich aus der Unsicherheit und dieser Zins setzt die Schranke.

Oder um es mit den Worten von Keynes zu sagen: Der Zins ist nicht der Preis, der für ein Opfer gezahlt wird, sondern es ist der Preis, der gezahlt werden muss, damit jemand den sicheren Hafen der Liquidität verlässt.

Um es mal klar zu sagen: Wäre es möglich mit Sicherheit die Investitionen zu benennen, die in der Lage sind, den Kredit zu tilgen und die zu vermeiden, die dies nicht können, hätten wir keine Arbeitslosigkeit. Bei dem enormen Technologiegefälle weltweit, gibt es immer rentable Investitionen, also solche, die qua Kredittilgung das zuvor geschaffene Geld wieder vernichten können.

Damit ist auch klar, warum wir uns mit dem klassischen Arbeitsmarkt gar nicht weiter beschäftigen müssen, da es nicht der Arbeitsmarkt ist, der das Gleichgewicht auf dem Gütermarkt bestimmt, sondern der Geldmarkt und da der Arbeitsmarkt vom Gütermarkt abhängt, bestimmt der Geldmarkt das Beschäftigungsniveau.

Fazit: Die gesamte klassische Nationalökonomie und alle Strömungen, die auf deren Konzepten aufsetzen, haben grundsätzliche Fehler.

Aus Gründen, die wir noch erläutern werden, können aus der keynesschen Theorie nicht einfache Rezepte zur Lösung bestimmter Probleme destilliert werden, das hatte Keynes auch gar nicht vor. Mögliche Konsequenzen erwähnt er beiläufig.

Allerdings ist die keynessche Theorie die Basis jeder sinnvollen Diskussion.

Bevor wir weiterschreiten, müssen wir noch einen Punkt klären. In der Diskussion oben gingen wir von einer konstanten Geldmenge aus. Diese ist natürlich in der Realität nicht konstant.

Die Zentralbanken können, z.B. über eine Offenmarktpolitik, die Geldmenge ausdehnen. Offenmarktpolitik heißt, dass die Zentralbanken den Banken Wertpapiere abkaufen, wodurch Geld in die Wirtschaft fließt. In welchem Maße die Geschäftsbanken das Angebot annehmen, hängt vom Leitzins ab, zu dem diese Papiere diskontiert werden.

Die monetären Transmissionsmechanismen sind dann die Gleichen wie oben beschrieben. In Abhängigkeit von der Risikoeinschätzung halten die Wirtschaftssubjekte Geld in möglichst liquider Form, kaufen also börsennotierte Wertpapiere oder investieren in Realinvestitionen, wobei derzeit, wir schreiben immer noch das Jahr 2014, die erste Variante präferiert wird.

Denkbar ist natürlich auch, dass die Geschäftsbanken auf das Angebot der Zentralbanken gar nicht mehr eingehen, weil sie davon ausgehen, dass die Börsenkurse demnächst fallen und sie auch keine Möglichkeit sehen für Realinvestitionen.

Allerdings ist diese Szenario hypothetisch, denn es wäre das Ende der Geschäftsbanken. Investieren sie weder in Wertpapiere noch in Realinvestitionen, gibt es keine Geschäftsgrundlage mehr.

Zu guter letzt muss man noch verstehen, dass eine Senkung des Zinssatzes keinerlei Auswirkungen auf die Allokation der Ressourcen hat, auch wenn wir immer wieder das Gegenteil lesen. Da Geld überhaupt kein Produktionsfaktor ist, kann der Preis für Geld auch die Allokation der Ressourcen nicht verändern.

III.2 expansive Fiskalpolitik

Wer bei google den Namen Keynes eingibt, der findet Tausende von Artikeln, die alle einen Aspekt in den Vordergrund stellen, der im Original, also der General Theory of Employment, Interest and Money, lediglich eine Nebenbemerkung ist: Die expansive Fiskalpolitik.

Das eigentliche Thema des Buches kann man eigentlich schon dem Titel entnehmen. Ein Buch das ‚Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes‘ heißt, hat eben die Beschäftigung, den Zins und das Geld als zentrales Thema und nicht die Fiskalpolitik.

Wäre das Thema des Buches die expansive Fiskalpolitik gewesen oder antizyklische Staatsausgaben, dann hätte Keynes das Buch wohl entsprechend genannt.

Im Zentrum der keynesschen Theorie steht auch nicht die zu geringe Nachfrage. Die zu geringe Nachfrage ist lediglich eine Konsequenz der falschen Vorstellungen der klassischen Nationalökonomie. Mangelnde Nachfrage ist der Effekt, nicht die Ursache. Wir interessieren uns aber für die Ursache und die Ursache ist monetärer Natur.

Wird in der Unterbeschäftigung auch noch gespart, dann wird aus einer Rezession eine handfeste Depression.

Die General Theory of Employment, Interest and Money setzt sich mit drei zentralen Konzepten der neoklassischen Nationalökonomie auseinander, nämlich, wie der Titel schon sagt, mit der Beschäftigung, dem Zins und dem Geld.

Allgemein ist die Theorie deshalb, weil sie nicht nur den Spezialfall der Vollbeschäftigung umfasst, in diesem Fall sind die Konsequenzen aus der unsauberen Definition dieser Begriffe nicht gravierend, sondern allgemein gilt. Wer keine klaren Vorstellungen hat über die Funktion des Zinses und des Geldes, der darf zum Beispiel weiterhin Kapitallebensversicherungen und Riester Verträge abschließen, er darf sich aber anschließend nicht darüber beschweren, dass seine Erwartungen enttäuscht werden.

Die erste Konsequenz, die man aus der keynesschen Theorie ziehen kann ist, dass der Zins soweit abzusenken ist, bis gerade noch die Administrationskosten der Banken und das Risiko eingepreist ist. Dies wäre, wie Keynes formuliert, der Tod des Rentiers. Wird Geld nicht mehr künstlich knapp gehalten, verliert es seinen Wert.

Dass die Zentralbanken derzeit, wir befinden uns im Jahre 2014, mit dieser Politik scheitern kann man Keynes nicht ankreiden. Das Problem, dass die Geschäftsbanken ihre günstigen Refinanzierungskosten bei der Zentralbank nicht an ihre Kunden weitergeben, wäre einfach zu lösen. Die Zentralbanken müssen hierfür die Kreditvergabe an die Banken nur an die Bedingung knüpfen, dass diese Kredite ausschließlich für Realinvestitionen verwendet werden dürfen. Damit ließe sich das Kasino sehr viel schneller austrocknen, als mit einer Finanztransaktionssteuer.

Allerdings würde das zu einem Problem führen. Bei der erstmaligen Emission von Aktien hat die Börse einen Sinn. Sie stellt Unternehmen Kapital zur Verfügung, ohne dass sich der Investor langfristig binden muss, da er ja danach seine Anteile wieder verkaufen kann. Fehlt diese Möglichkeit, haben nur Investoren Zugang, die sich langfristig an dem Unternehmen beteiligen können.

Die expansive Fiskalpolitik ist nicht der zentrale Punkt der keynesschen Theorie. Allerdings ist es sehr sinnvoll, wenn über die Funktion und Bedeutung zentraler Größen der Volkswirtschaft Klarheit besteht. Man sollte also schon wissen, welche Funktion der Zins und das Geld haben und was man genau unter sparen versteht.

Man muss auch nicht unbedingt der Meinung sein, dass eine expansive Fiskalpolitik die Wirtschaft aus der Rezession führen kann. Aber man sollte verstehen, warum das Problem überhaupt entsteht. Die klassische Nationalökonomie bestreitet schon die Existenz dieses Problems. Wenn man das Problem schlicht gar nicht sieht, kann man es nicht beseitigen. Keynes beschreibt immerhin mal das Problem. Das bringt uns der Lösung auf jeden Fall näher. Denn ein Problem, das nicht mal gesehen wird, wird auch nicht gelöst.

Keynes diskutiert tatsächlich die Situation, dass die Unsicherheit so umfassend ist, dass entweder eine Senkung des Zinssatzes über eine expansive Geldpolitik zwar möglich ist, aber dies aufgrund der absoluten Präferenzierung von Liquidität keinen Einfluss auf die Realwirtschaft hat, oder dass die Geschäftsbanken nicht mehr bereit sind, Geld aufzunehmen.

In dieser Situation muss der Staat direkt tätig werden, das heißt direkt investieren, also Straßen, Wohnungen bauen, innovative Technologien fördern, mehr investieren in Bildung etc..

Eine kurze Recherche mit google bringt einem Tausende von Artikeln, die die keynessche Politik als gescheitert ansehen, weil die expansive Fiskalpolitik gescheitert ist.

Das ist gleich aus zwei Gründen falsch. Erstens ist die expansive Fiskalpolitik im keynesschen Theoriegebäude ein Nebenkriegsschauplatz und zweitens gibt es gute und schlechte Fiskalpolitik. Eine gute Fiskalpolitik schafft Werte, die entweder der Bevölkerung für lange Zeit zur Verfügung stehen, z.B. Ausbau der Kommunikationsnetze, oder die Produktivität der Wirtschaft erhöhen, erfolgreiche Investitionen in Forschung und Entwicklung. Schlechte Fiskalpolitik finanziert lediglich den Konsum, z.B. Sozialausgaben.

Die Idee der expansiven Fiskalpolitik ist simpel. Wir gehen mal von einem idealen Szenario aus, bei dem alle Effekte, die wir nachträglich diskutieren werden, nicht auftreten.

Wir gehen davon aus, dass 20 Prozent des Volkseinkommens gespart werden und 80 Prozent konsumiert. Erhöht der Staat nun jährlich die Ausgaben um 1 Million Euro und nimmt hierfür einen Kredit auf, dann werden irgendwelche Leute, Bauunternehmer, Telekommunikationsdienstleister, Universitäten etc. 1 Million erhalten. Von dieser einen Million geben sie 80 Prozent aus, also 640 000. Diese landen dann bei Karstadt, Edeka, MediaMarkt etc., die damit wieder Löhne, Miete etc. bezahlen. Diese Empfänger geben hiervon wieder 80 Prozent aus, macht 512 000. Diese wiederum geben das Geld wieder aus, wieder zu 80 Prozent usw..

Diese 1 Million, die der Staat vorfinanziert hat, muss natürlich langfristig gedeckt sein. Wir können uns zur Vereinfachung vorstellen, dass sparen hier ein Zwangssparen ist, also die 20 Prozent Steuern sind. Der Einfachheit halber nehmen wir an, dass der Staat das Geld einnimmt, seine Kredite tilgt und damit das Geld wieder vernichtet.

Die Frage ist dann, um wie viel das Volkseinkommen steigen muss, damit die 1 Million zusätzlicher staatlicher Ausgaben gedeckt ist. In dem hier unterstellten Szenario wären das 5 Millionen, da 20 Prozent von 5 Millionen eben eine Million ist. Diesen Effekt, also dass das Volkseinkommen um ein Vielfaches des Primärimpulses steigen muss, bezeichnet Keynes als Multiplikator. (Primärimpuls / (1-c), mit c als der Anteil des Einkommens, der konsumiert wird.)

Dass dieser Multiplikator in der Realität auch sehr gering sein kann und unter Umständen der Staat, in unserem Beispiel, auf seinen Schulden sitzen bleibt, sehen wir sofort, wenn wir unser Beispiel genauer betrachten. Die Waren, die Karstadt, Edeka und der Media Markt verkaufen, kommen aus dem Ausland. Schon an dieser Stelle fließt also ein Großteil des Primärimpulses an das Ausland ab.

Kann also das Ausland die Nachfrage besser und / oder billiger befriedigen oder sind die nachgefragten Güter im Inland gar nicht vorhanden, wird der Primärimpuls an das Ausland abfließen. Freundlicherweise hat das Ausland Deutschland Impulse dieser Art verschafft. Ob es auch in Zukunft so freundlich sein kann und wird, ist allerdings fraglich.

Weiter erhöhen die Staatsausgaben die Gewinne aus unternehmerischer Tätigkeit und die Kapitalerträge. Hier muss von einer überdurchschnittlichen Sparquote ausgegangen werden und je höher die Sparquote, desto geringer ist der Multiplikatoreffekt.

Schließlich gibt es noch ein weiteres Problem. Wird die expansive Fiskalpolitik nicht durch eine expansive Geldpolitik unterstützt, dann steigt der Zins, was an und für sich, im Gegensatz zu dem, was man überall liest, die Allokation nicht beeinflusst, weil die rentablere Investition die Produktionsfaktoren über eine höhere Entlohnung trotzdem binden kann.

Allerdings ist der Staat der solventeste Gläubiger. Er kann also, da er beliebig viele Kredite aufnehmen kann, die Produktionsfaktoren auch besser entlohnen, er kann es sich also leisten, mit qualifiziertem Personal Bürokratien aufzubauen, das heißt Leute aus produktiven Bereichen abziehen und sie in unproduktive Bereiche locken. Wir haben hier ein komplexes Problem, auf das wir hier nicht eingehen. Wer sich dafür interessiert, sei auf die www.economics-reloaded.de verwiesen.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, dass bei strukturellen Problemen eine expansive Fiskalpolitik wirkungslos ist. Der Staat kann ein Strohfeuer abrennen, ist die Party aber vorbei, bleiben nur die Schulden.

Ist ein Staat nicht wettbewerbsfähig, das heißt produziert er die nachgefragten Güter nur zu einem höheren Preis, in schlechterer Qualität oder gar nicht, dann wird der Primärimpuls ins Ausland abfließen. Um bei unserem Beispiel zu bleiben: Kommen alle Nahrungsmittel, Kleidung, Elektrogeräte aus dem Ausland, ist der Multiplikator fast Null.

Das betrifft aber Keynes nicht, denn Keynes, mal abgesehen von den bereits angeführten Argumenten, behandelt ausschließlich die geschlossene Volkswirtschaft.

Die expansive Fiskalpolitik muss also unter demselben Blickwinkel betrachtet werden, wie die expansive Geldpolitik. Bei der expansiven Geldpolitik wird der Zinssatz solange abgesenkt, bis das Investitionsvolumen ausreicht, um Vollbeschäftigung zu erreichen. Der Kredit selbst muss aber aus der Investition getilgt werden können. Über Sekundäreffekte können wir uns freuen, rechnen können wir aber mit diesen Effekten nicht.

Fiskalpolitik muss auf Investitionen fokussieren, die schon von sich aus den Kredit tilgen können.

Was spricht nur für eine expansive Fiskalpolitik? Eine höhere Staatsverschuldung ist prinzipiell hinnehmbar, wenn damit langfristige Konsumgüter geschaffen werden, z.B. Immobilien, oder die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft verbessert wird, z.B. Straßen. Auch wenn die Investitionen zu Lebzeiten der heutigen Generation sich nicht amortisieren, ist es legitim, auch die kommende Generation zu belasten, denn sie erbt nicht nur Schulden, sondern auch Vermögen.

Wobei „erben“ von Schulden hier relativ ist. Ein Teil der kommenden Generation erbt Bundesobligationen und ein anderer Teil die Verpflichtung, diese zu bedienen. Wir haben also eine Umverteilung innerhalb der kommenden Generation. Ein Effekt, der sich in Grenzen hält, wenn Geld nicht künstlich knapp gehalten wird, die Verzinsung also niedrig ist.

Versagt, aus den oben genannten Gründen, die expansive Geldpolitik, totale Präferenz für Liquidität, dann ist der Staat der einzige, der überhaupt noch agieren kann, weil er von allen Sekundäreffekten profitiert. Investitionen in Forschung und Entwicklung z.B. ist eine Investition in Köpfe. Da diese zwei Beine haben und weglaufen können, werden sich Unternehmen mit Investitionen in Köpfe zurückhalten. Dem Staat ist das egal. Wo immer der Kopf hinläuft, zumindest wenn er das Land nicht verlässt, wird er Steuern bezahlen und / oder eventuell aus seinen Kenntnissen marktfähige Produkte machen.

Anzumerken ist noch, dass Keynes ausschließlich von Investitionen spricht. (Das ist auch das einzig richtige am IS-LM Modell. Die Kurve heißt IS Kurve mit I wie investment und nicht mit C wie consumption. Erhöht der Staat also die Nachfrage, dann solle er sich auf produktive Investitionen beschränken. Diese sind erstens eher in der Lage, die aufgenommenen Kredite zu tilgen und schaffen zweitens dauernde Werte. Konsumtive Staatsausgaben sind auf die Sekundäreffekte angewiesen, die aber in einer globalisierten Wirtschaft ans Ausland abfließen.

IV. Das IS-LM Modell

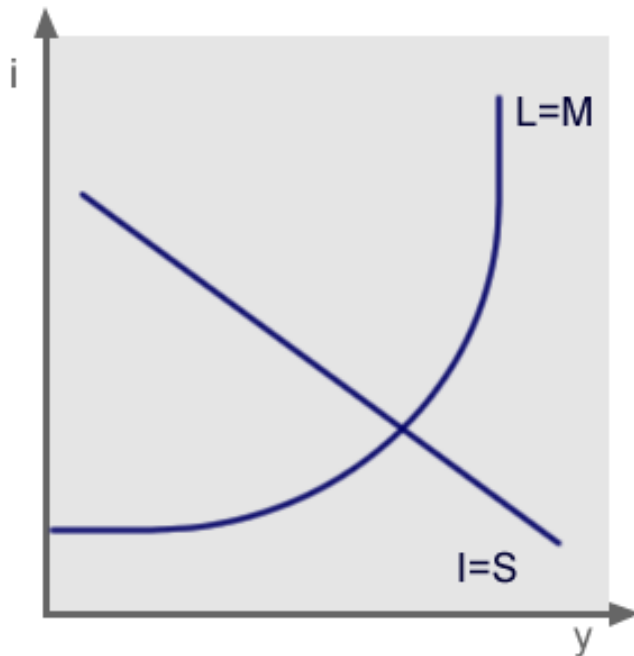
Dieser Abschnitt braucht jetzt nur die Leute zu interessieren, die sich mit Volkswirtschaftslehre aus akademischer Sicht beschäftigen. Wir gehen das jetzt gründlich und detailliert durch, bezweifeln aber den didaktischen Wert. Vermutlich trägt das IS-LM Modell mehr zur Verwirrung bei, als dass es die keynessche Theorie anschaulich darstellt.

Das IS-LM Modell ist der Hauptverantwortliche für die Missverständnisse, die bezüglich der keynesschen Theorie bestehen. Das liegt nicht nur daran, dass es falsch ist, sondern auch daran, dass es die Kernaussagen der keynesschen Theorie nicht enthält und insgesamt unverständlich ist. Was „hängen“ bleibt und dann von Journalisten verbreitet wird, ist eine eher „intuitive“ Eingebung, das „Gefühl“, dass mehr verkauft werden könnte, wenn die Nachfrage größer wäre. Übrig von der keynesschen Theorie bleibt dann der Nachfragemangel und als Quintessenz der keynesschen Theorie die expansive Fiskalpolitik, mit der dieser Nachfragemangel beseitigt werden können soll.

Dieses generalisierte Gefühl des Nachfragemangels beschreibt schon Jean Baptiste Say, für Details siehe www.economics-reloaded.de. Die Lösung, die Jean Baptiste Say anbietet, ist zwar falsch, er bleibt in den Vorstellungen der klassischen Nationalökonomie verhaftet, aber die allgemeine Gemütslage beschreibt er richtig.

Wer sich mit Volkswirtschaftslehre schon befasst hat, zumindest bis zum Vordiplom oder die ersten Semester Bachelor, der kennt die unten stehende Grafik. Das ist das berühmte IS-LM Modell. Gibt man IS-LM model (also auf Englisch) bei google ein, erhält man sagenhafte 35 Millionen Treffer. Leider zeigt das nur, wie weit der Unsinn verbreitet ist, sagt aber nichts über die Richtigkeit.

Das Modell soll eine neoklassische Synthese sein, das heißt eine Synthese aus Konzepten der neoklassischen Theorie und der keynesschen Theorie. Der Autor würde sagen, das Modell ist Neoklassik pur ganz ohne Keynes. Es ist auch völlig unklar, wie man aus zwei diametral entgegengesetzten Theoriegebäuden eine Synthese bilden will. Das kann nur gelingen, wenn zentrale Aspekte des einen Theoriegebäudes eliminiert werden und genau das passiert hier.



Die IS Kurve soll alle Kombinationen von Zinssatz (i) und Volkseinkommen (Y) miteinander verbinden, bei denen Sparen und Investieren im Gleichgewicht sind.

Diese Kurve kann man im keynesschen Sinne interpretieren und im Sinne der klassischen Nationalökonomie, bei beiden Versionen jedoch, wir kommen darauf zurück, fehlt das zentrale keynessche Element, wobei die klassische Interpretation zwar nicht im Sinne von Keynes wäre, dafür aber wenigstens logisch kohärenter.

Die keynessche Interpretation, bei dieser Variante liegt korrekt investieren vor sparen, wäre diese:

Die Investoren rechnen mit einer bestimmten Rentabilität ihrer Investitionen und werden folglich in dem dazu gehörigen Ausmaß investieren. Das setzt voraus, dass das Volkseinkommen um soviel steigt, bis das dazugehörige Sparvolumen der Investition entspricht. Bei einem hohen Zins, der als exogen vorgegeben gedacht wird, sind die Investitionen gering, da nur die Investitionen realisiert werden können, die diesen hohen Zins auch bedienen können. Deshalb muss das Einkommen, aus dem sich wiederum das Sparen ergibt, auch nur gering sein. Je niedriger der Zins, desto höher sind die Investitionen und desto größer muss das Volkseinkommen sein, damit sparen und investieren ex post identisch sind.

Der exogen vorgegebene Zins ist bei gegebener Geldmenge plausibel. Die Investitionen induzieren, in Übereinstimmung mit der keynesschen Theorie, das Sparen.

Allerdings stellt sich die Frage, wo der Investor das Geld für seine Investitionen überhaupt her hat. Die IS Kurve beschreibt das Resultat eines Prozesses, einen gleichgewichtigen Zustand, aber nicht den Prozess, wie man da hinkommt. Das ist unproblematisch, solange man nur ein Gleichgewicht betrachtet als Resultat des Prozesses. Soll mit dem Modell aber etwas illustriert werden, was ja der Zweck des Modells sein soll, die IS Kurve z.B. zur Illustrierung einer Vergrößerung der staatlichen Nachfrage nach rechts verschoben werden, stellt sich die Frage, wo das Geld hierfür herkommt.

Es kann jemand den Wunsch haben, die Investitionen auszudehnen, ohne Geld wird das aber nicht funktionieren. Diese Interpretation sieht zwar nach Keynes aus, allerdings fehlt das entscheidende Moment. Investitionen werden mit Geld finanziert. Das ist zwar bei Keynes nicht per se knapp, aber haben muss man es.

Die IS Kurve hat aber noch einen weiteren Fehler. Sparen kann nur realwirtschaftlich verstanden werden, also als nicht konsumieren und damit eine Reduktion der Konsumgüter zugunsten der Investitionsgüter. Soll aber die IS Kurve nach rechts verschoben werden, dann liegt ein freies Produktionspotential vor, andernfalls kann die Kurve nicht verschoben werden. Liegt aber ein freies Potential vor, bedarf es keines Sparens im Sinne der Klassik. Was man braucht ist Geld und dieses Geld muss qua Kredittilgung auch anschließend wieder vernichtet werden, andernfalls würde die Geldmenge ewig steigen und die Verschuldung ewig zunehmen.

Sparen allerdings stellt auf realwirtschaftliche Zusammenhänge ab. Sparen ist nicht konsumieren. Da ist sinnvoll, wenn nur so freie Kapazitäten für Investitionen geschaffen werden können. In der Unterbeschäftigung soll aber nicht zusätzlich investiert werden. Es soll nur der Kredit getilgt werden.

Die IS Kurve vermischt die realwirtschaftliche Ebene mit der monetären Ebene und das Ergebnis ist Unsinn. Auf der monetären Ebene braucht man, liegt ein freies Produktionspotential vor, Geld. Dieses ist bei IS Kurve nicht vorhanden. Was hingegen vorhanden ist, ist Sparen. Das braucht man aber nicht, weil ja ein freies Produktionspotential vorliegt.

Als Gleichgewicht verstanden ist die Kurve richtig. Allerdings kann man sie ohne Geld nicht verschieben.

Die klassische Interpretation, die sich deckt mit den Vorstellungen von Adam Smith, David Ricardo oder Jean Baptiste Say sähe so aus. Dies hätte mit Keynes nichts zu tun, aber da dann das Sparen bereits vorliegt, braucht man kein zusätzliches Geld. Genau genommen haben die Klassiker von den Einnahmeüberschüssen was beiseite gelegt und in die Sparbüchse geworfen. Bei dieser Interpretation liegt Sparen in Form von Geld vor, was ja in der Klassik immer so ist. Das ist zwar falsch, weil Sparen nur realwirtschaftlich interpretiert werden kann als Produktion von Investitionsgütern anstatt Konsumgütern und Geld ein rein monetäres Phänomen ist, aber immerhin hätte die Kurve dann eine gewisse Logik.

Ist das Volkseinkommen gering, die Bevölkerung muss als konstant angenommen werden, da sie im Modell nicht auftaucht, dann reicht das Volkseinkommen gerade für die notwendigen Güter des täglichen Bedarfs, gespart wird nichts. Da folglich das für investive Zwecke zur Verfügung stehende Kapital sehr gering ist, ist der Zinssatz hoch. Das ist auch nötig, weil bei einem geringen Volkseinkommen sparen tatsächlich ein Opfer notwendig macht. Man kann sparen dann auch realwirtschaftlich interpretieren. Ist die Produktivität gering, dann ist das Produktionspotential mit der Produktion von Gütern des täglichen Bedarfs ausgeschöpft. Die Produktion von Investitionsgütern erfordert ein Opfer.

Man spart es sich sprichwörtlich „vom Munde ab“. Soll also gespart werden, muss der Anreiz dies zu tun hoch sein. Andererseits sind Investitionen hochrentabel, weil eine Ausdehnung des Produktionspotentials aufgrund der hohen Nachfrage zu großen Erträgen führt.

In dem Maße aber, in dem das Volkseinkommen steigt, ist das zu Gunsten eines Konsums in der Zukunft zu erbringende Opfer geringer. Es wird mehr gespart und der Zins sinkt. Andererseits sinkt aber auch die Rentabilität der Investitionen.

Am Ende kommen wir dann zu einer Situation, wo fast alle Bedürfnisse befriedigt sind, das Opfer gering ist und auch bei geringen Zinssätzen noch gespart wird. Im Gegenzug können die Produkte auch nur noch zu einem geringen Preis abgesetzt werden, die Rentabilität ist also gering.

Die klassische Interpretation wäre zwar logisch kohärent, das Geld zur Investition wäre vorhanden, hätte aber mit Keynes nichts zu tun. Die keynessche Interpretation ist zwar Keynes, aber leider funktioniert das Spiel nicht ohne Geld. Anders formuliert. Das IS-LM Modell ist ziemlicher Blödsinn.

Falsch und irreführend ist schon der Begriff IS Kurve mit I wie investment und S wie saving, denn auf das saving, das Sparen, kommt es einerseits gar nicht an und zweitens fehlt das für die keynessche Theorie zentrale Moment. Entscheidend ist bei Keynes, wie die Investitionen vorfinanziert werden und vorfinanziert werden sie mit Geld und Geld ist per se nicht knapp.

Sparen kann nur ein realwirtschaftlicher Begriff sein. Gespart werden muss zum Beispiel, wenn der Konsum so weit ausgedehnt wird, dass das Investitionsvolumen erhöht werden muss, um die nötigen Konsumgüter überhaupt zu produzieren.

Im IS-LM Modell werden zwei unterschiedliche Ebenen, die monetäre Betrachtung und die realwirtschaftliche Betrachtung, vermischt.

In der IS Kurve kommt kein Geld vor und deshalb kann sie eigentlich nur klassisch interpretiert werden.

Ist Sparen die Bedingung für die Investition, hiervon geht die klassische Nationalökonomie aus, dann ist das für investive Zwecke zur Verfügung stehende Kapital ein knappes Gut und knappe Güter haben einen Preis, in diesem Fall den Zins. Dann werden nur die Investitionen realisiert, die am profitabelsten sind und andere müssen, auch wenn sie Arbeitsplätze schaffen würden, unterbleiben. Der Mangel an für investive Zwecke verfügbarem Kapital führt also zur Arbeitslosigkeit. Das Problem ist aber, dass dieser Fall in dem Szenario, das der Rechtsverschiebung der IS Kurve zugrunde liegt, erhöhte Staatsausgaben, nicht vor.

Kann der Staat die IS Kurve nach rechts verschieben, dann wären Kapazitäten frei, andernfalls hätte er die Kurve nicht verschieben können.

Kern der keynesschen These ist aber das genaue Gegenteil. Das für investive Zwecke zur Verfügung stehende Kapital ist eben nicht knapp, seine Produktion erfordert eben kein Opfer. Da es nicht knapp ist, hat es auch keinen Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung und folglich kann, in der Unterbeschäftigung, jede Investition, die Arbeitsplätze schafft, auch realisiert werden.

Die ganz zentrale These der keynesschen Theorie ist in dem Modell gar nicht enthalten. Investitionen werden mit Geld vorfinanziert, nicht mit Sparen.

Man kann das Modell auch nicht dadurch im Sinne von Keynes interpretieren, indem man darauf abstellt, dass Keynes das Sparen vom Volkseinkommen abhängig macht, denn das ist hier nebensächlich und gilt für die Vergangenheit wie für die Zukunft. Das Modell wird nicht dadurch richtiger, dass wir Sparen als allein vom Einkommen abhängig annehmen, denn das ist nicht der entscheidende Punkt. Der entscheidende Punkt ist, dass bei Keynes Sparen eine Folge der Investition ist, aber nicht die Bedingung. Allerdings muss die Investition vorfinanziert werden und das passiert mit Geld.

Die keynessche Interpretation, so wie wir sie in den meisten Lehrbüchern finden, funktioniert aber nicht, weil ohne Geld keine Rechtsverschiebung der IS Kurve möglich ist.

Die LM Kurve wiederum zeigt alle Kombinationen aus Zins und Volkseinkommen bei denen der Geldmarkt im Gleichgewicht ist. Soll heißen, dass die Rendite, die man durch den Kauf eines Wertpapiers erhält, darüber bestimmt, wie viel Geld die Leute für (fast) Null Zinsen auf dem Girokonto halten.

(Wie wir uns genau die Spekulationskasse vorstellen ist egal, auf jeden Fall eine Geldhaltung, die keine oder nur eine sehr geringe Rendite abwirft. Derzeit wäre das Girokonto etwas in dieser Art. Wer will kann sich auch vorstellen, dass die Leute das Geld unters Kopfkissen legen.)

Vereinfacht: Wenn die Dividende auf Aktien garantiert 15 Prozent ist, hat niemand Geld auf dem Girokonto. Ist die Dividende 5 Prozent und muss man auch noch damit rechnen, dass der Kurs fällt, dann verringert sich die Anzahl der Aktienbesitzer drastisch. Es ist anzunehmen, dass der Leser dieser Zeilen eine starke Präferenz für Liquidität hat. Klar ist aber, dass es sowohl für den Leser dieser Zeilen wie für die Allgemeinheit einen Zins gibt, zu dem er kein Geld mehr auf dem Girokonto hält, es einen Zins gibt, zu dem er Geld auf das Girokonto zurückzieht und einen, wo er weder das eine noch das andere tut. Das ist dann der gleichgewichtige Zins.

Ist das Volkseinkommen gering, ist der Bedarf an Transaktionskasse, das Geld, das nötig ist, um das Volkseinkommen umzusetzen, niedrig. Bei gegebener Geldmenge ist damit die Spekulationskasse groß.

In der Spekulationskasse haben wir eine große Bandbreite von Risikoaversion oder, wie Keynes das nennt, Liquiditätspräferenz. So nennt Keynes das, weil Liquidität eben Sicherheit ist. Das Risiko, das jemand hat, wenn er in etwas investiert, das er jederzeit in Geld zurückverwandeln kann, ist relativ gering.

Also gibt es in der Spekulationskasse Leute, die einen hohen Zinssatz brauchen, um ihr Geld vom Girokonto, wo sie fast keine Zinsen erhalten, abzuheben und zu investieren und Leute, die das schon zu einem geringeren Zinssatz tun.

Da das Volkseinkommen gering ist, die Transaktionskasse also ebenfalls gering ist und die Spekulationskasse groß, können wir davon ausgehen, dass die besonders risikofreudigen den Hafen der absoluten Liquidität verlassen haben und Wertpapiere gekauft haben. Deren Kurs ist also hoch und damit die Rendite auf diese Wertpapiere niedrig.

(Wir erinnern uns, siehe oben: 5 Euro auf ein Papier, das 100 Euro kostet, ist relativ viel. 5 Euro auf ein Papier, das 200 Euro kostet, ist relativ wenig.)

Steigt nun das Volkseinkommen, werden Wertpapiere verkauft um die dann notwendige größere Transaktionskasse aufzufüllen. Die Kurse fallen, die Zinsen steigen. Das wird einige aus der Spekulationskasse veranlassen, den sicheren Hafen der Liquidität zu verlassen und sie werden Wertpapiere kaufen.

Der Punkt ist ein bisschen schwierig: Wir können uns vorstellen, dass die Risikofreudigen aussteigen, weil sie Transaktionskasse brauchen. Das isoliert betrachtet lässt den Kurs der Wertpapiere fallen, die Renditen ansteigen. Dafür steigen aber einige, denen das Risiko bis jetzt zu hoch war, ein, was isoliert betrachtet die Kurse steigen lässt. Insgesamt jedoch werden die Kurse der Wertpapiere fallen und die Renditen steigen.

Anders formuliert: Im Durchschnitt halten jetzt Risikoscheuere die Wertpapiere, was wiederum bedeutet, dass die Zinsen höher, die Kurse der Wertpapiere niedriger sein müssen, da die Risikoscheuen die Spekulationskasse ja nur verlassen, wenn die Zinsen hoch sind.

Irgendwann ist dann ein Punkt erreicht, an dem überhaupt keine Spekulationskasse mehr vorhanden ist. Das Volkseinkommen kann nicht mehr steigen, wenn die Zentralbank die Geldmenge stabil hält, da der Verkauf von Wertpapieren zu einer Zinssteigerung führt, die wiederum andere Investitionen unterbindet.

Anders formuliert. Die Kurse der Wertpapiere sind so niedrig, die Zinsen deshalb so hoch, dass die Realinvestitionen nicht mehr mithalten können.

Irgendwann ist die Alternative Wertpapiere so attraktiv, dass niemand Realinvestitionen tätigen wird. Es werden sozusagen nur noch Wertpapiere getauscht. In dem Maße, in dem die einen aussteigen, steigen die anderen ein, weil die Rendite höher ist, als sie mit Realinvestitionen erzielt werden könnte.

Die LM Kurve soll nun zwei Bereiche haben. Einen Bereich, der parallel zur x-Achse verläuft, den sogenannten liquidity trap. In diesem Bereich kann die Zentralbank, so die These, die Zinsen nicht weiter senken, weil alles zusätzliche Geld in der Spekulationskasse verschwindet und deshalb zu keiner weiteren Senkung der Zinsen führt.

Das ist Unsinn. Im Bereich des liquidity trap wird schlicht gar kein Geld mehr aufgenommen. Kapitalsammelstellen werden in diesem Bereich auf das Angebot der Zentralbanken nicht eingehen. Sie werden sich nicht Geld gegen Zinsen leihen, um es dann in der Spekulationskasse zu halten, die überhaupt keine Rendite abwirft. Die Spekulationskasse ist nur relevant für bereits zirkulierendes Geld.

Was wir momentan, wir schreiben immer noch Jahr 2014, erleben, ist was anderes. Kapitalsammelstellen leihen sich weiterhin Geld von der Zentralbank, investieren es aber an der Börse. Der Zins sinkt, aber der Funke springt nicht über in die Realwirtschaft. Das ist kein liquidity trap. Eine Wirkung auf den Zins gibt es, aber der Funke springt nicht über.

Der Bereich, bei dem die LM Kurve parallel zur y Achse verläuft, wird als klassischer Bereich bezeichnet. Suggestiert wird, dass Geld hier knapp ist. Zusätzliche Investitionen können also nur zu Lasten anderer Investitionen getätigt werden. Die Logik wäre richtig, wenn Geld Kapital im Sinne der Klassik wäre, also nicht konsumiertes Einkommen aus der Vergangenheit, wenn Geld also ein Produktionsfaktor wäre. Geld ist aber kein Produktionsfaktor und insbesondere nicht knapp. Den klassischen Bereich wird es in der Realität nie geben, weil die Zentralbank keinen Grund hat, die Geldmenge einzuschränken, solange ein inaktives Produktionspotential vorhanden ist. Der „klassische Bereich“ suggeriert, dass in diesem Bereich Vollbeschäftigung herrscht. Das trifft weder für Kapital zu, wenn dieses als Geld gedacht wird, ist es nie knapp, noch trifft es auf die Arbeit zu, denn über den Arbeitsmarkt macht das Modell überhaupt keine Aussagen. Auch im „klassischen Bereich“ können wir Unterbeschäftigung haben.

Allerdings könnte man die LM Kurve auch anders interpretieren, was aber letztlich an der Richtigkeit der keynesschen Theorie, der Geldmarkt dominiert den Gütermarkt, nichts ändert.

Bei einem niedrigen Volkseinkommen besteht nur ein geringer Bedarf an Transaktionskasse. Es gibt also „überschüssiges“ Geld, das irgendwo angelegt werden muss. Es gibt also, mit dem Geld ist das wie mit den Kartoffeln, ein großes Angebot an Geld, weshalb dessen Preis fällt. Egal ob in Realinvestitionen oder Finanzinvestitionen, es kann nur zu einem niedrigeren Zinssatz angelegt werden. In dem Maße aber, in dem das Volkseinkommen steigt, steht immer weniger Geld für investive Zwecke zur Verfügung, sein Preis steigt. Irgendwann steht gar kein Geld mehr für investive Zwecke zur Verfügung. Ab diesem Punkt führt jeder Versuch, das Volkseinkommen weiter auszudehnen zu einer Zinserhöhung, die dafür sorgt, dass in dem Maße, wie an einer Stelle die Investitionstätigkeit zunimmt, sie an anderer Stelle fällt.

Realwirtschaftlich betrachtet. Geld wird knapp und in dieser Situation kann tatsächlich die rentablere Investition die weniger rentable verdrängen.

Das Problem bei dieser Interpretation wäre, dass das „überschüssige“ Geld auf jeden Fall nachfragewirksam wird. Zwar hätte der Kauf / Verkauf von Wertpapieren nur einen indirekten Effekt auf die Realwirtschaft, über den Zins, aber er hätte einen Effekt.

Bei Keynes haben wir aber in einer bestimmten Situation, also wenn die Kurse für Wertpapiere sehr hoch sind und alle damit rechnen, dass die Kurse bald einbrechen, die Situation, dass das „überschüssige“ Geld schlicht gar keinen Effekt mehr hat.

Ob eine Spekulationskasse vorhanden ist oder nicht, ändert an der zentralen Aussage von Keynes, Geldmarkt dominiert Gütermarkt, nichts.

(Und naheliegenderweise trifft das oben genannten Problem auch auf diese Interpretation zu. Geld ist per se nie knapp. Es kann aber sein, dass der Geldmarktzins trotzdem so hoch ist, dass Realinvestitionen diese Hürde nicht überspringen.)

Die keynessche Version erklärt, warum die Leute Geld auf dem Girokonto rumliegen lassen, wo sie derzeit keine Zinsen bekommen oder auf jeden Fall immer ziemlich wenig.

Beim Agieren der Kapitalsammelstellen spielt die Spekulationskasse eine geringere Rolle. Diese müssen das Angebot der Zentralbanken annehmen, denn andernfalls, da sie ja nicht in Realinvestitionen investieren wollen, hätten sie nichts mehr zu tun. Sie halten aber keine Spekulationskasse.

Nach der keynesschen Theorie, mit Spekulationskasse, würden sie irgendwann der Zentralbank das Geld schlicht nicht mehr abnehmen.

An der zentralen These ändert das nichts: Geldmarkt schlägt Gütermarkt.

Das Phänomen, dass Versicherungen aufhören Geld einzusammeln und z.B. die Sparte Lebensversicherung zurückfahren, ist neueren Datums und lässt vermuten, dass das Kasino allmählich sehr gefährlich wird.

Die derzeitige Situation, wir schreiben immer noch das Jahr 2014, ähnelt wohl eher dem zuletzt skizzierten Szenario. In der keynesschen Logik müsste es irgendwann mal einen Moment geben, wo kein weiteres Geld mehr in den Wirtschaftskreislauf eingebracht werden kann. Banken werden nicht die Spekulationskasse, die keinerlei Zinserträge bringt, vergrößern und dafür auch noch Zinsen an die Zentralbanken bezahlen.

Wir sehen aber im Moment, dass sie das Geldangebot der Zentralbanken annehmen und damit die Börsenkurse in die Höhe treiben. Die Renditen dieser Papiere, so auf den „inneren Wert“, also auf die Dividende abgestellt wird, sinken. Spekuliert wird also mit der Wertsteigerung der Papiere selbst. Die Zinsen, zu denen die Geschäftsbanken Kredite vergeben, sinken allerdings nicht.

Das Kasino ist für Kapitalsammelstellen und andere Anleger interessanter als die Realwirtschaft. Diese These gilt immer. Eine Diskussion über den Monetarismus, der andere Transmissionsmechanismen in den Vordergrund stellt, werden wir hier nicht führen und verweisen auf die www.economics-reloaded.de. Die Aussagen von Keynes kann der Monetarismus nicht erschüttern. Der Monetarismus argumentiert, dass eine höhere Staatstätigkeit zur Inflation führt, dadurch die Transaktionskasse steigt und damit letztlich der Zins. Das Problem ist, wir haben seit dreißig Jahren keine Inflation und in einer globalisierten Wirtschaft kann diese auch nur durch externe Schocks entstehen. Nicht die Inflation ist das Problem, sondern die zunehmende Staatsverschuldung.

Allerdings können die Banken, wie bereits erwähnt, auch nicht einfach aussteigen. Ist Realwirtschaft zu kompliziert, bleibt nur Kasino oder Geschäftsaufgabe.

Die Kernaussage von Keynes bleibt bei beiden Interpretationen der LM Kurve unberührt. Es ist der Geldmarkt, der bestimmt, wie viel Geld für Realinvestitionen zur Verfügung steht. Eine Realinvestition muss, da illiquider, entweder sehr rentabel oder / und gut gesichert sein.

Der erste Kritikpunkt ist klar. Aus dem IS-LM Modell kann man mit viel Mühe die keynessche Theorie herauslesen, aber einfacher ist das Original, also die General Theory of Employment, Interest and Money. Der Autor vermutet auch, dass Kapitel III einfacher zu verstehen ist, als Kapitel IV.

Von Modellen erwarten wir grundsätzlich, dass sie die Wirklichkeit unter Wahrung der wesentlichen Aspekte vereinfachen. Ist aber die direkte Betrachtung der Realität einfacher, als das Modell, dann brauchen wir das Modell nicht.

Das Modell suggeriert einen Zusammenhang zwischen Sparen und Investieren einerseits und dem Geldmarkt andererseits, wobei die kausalen Beziehungen unklar bleiben.

Verschiebt man die IS Kurve nach etwa rechts, das ist einer der typischen Lehrbuchfälle, durch eine expansive Fiskalpolitik, dann steigt das Volkseinkommen und, zumindest außerhalb des horizontalen Verlaufs der LM Kurve, der Zins.

Im Hinblick auf das Volkseinkommen könnte man das gleiche erreichen, der andere typische Lehrbuchfall, indem man, das gilt zumindest außerhalb des horizontalen Verlaufs der LM Kurve, die Geldmenge erhöht, die LM Kurve also nach rechts verschiebt.

Daraus folgt dann, in den Lehrbüchern, dass man im Bereich des liquidity trap, totale Präferenz für Liquidität, die LM Kurve verläuft parallel zur x-Achse, das Volkseinkommen nur über eine expansive Fiskalpolitik erhöhen kann und im klassischen Bereich, wenn also keine Spekulationskasse mehr vorhanden ist, die Kurve verläuft parallel zur y-Achse, nur über eine expansive Geldpolitik.

Allerdings beschreibt das Modell die Kausalitäten falsch, was es extrem schwierig macht, sich in das Modell hineinzudenken.

Sollen die Staatsausgaben erhöht werden, also die IS Kurve nach rechts verschoben werden, dann bedarf es hierfür erstmal keines Sparens, sondern dafür braucht man Geld. Der Staat gibt also Bundesobligationen oder Staatsanleihen aus, vergrößert also die Anzahl an Wertpapieren, wodurch, bei gegebener Geldmenge, deren Kurs sinkt und der Zins steigt.

Bei gegebener Geldmenge kann der Markt die zusätzlichen Wertpapiere nur aufnehmen, wenn andere verkauft werden. Dadurch steigt deren Rendite, was wiederum andere veranlassen wird, wenn wir in keynesschen Logik bleiben, ihre Spekulationskasse zu verringern.

Das deckt sich zwar vom Ergebnis her mit der Beschreibung der LM Kurve, die wir üblicherweise in Lehrbüchern finden, aber der Kausalzusammenhang ist ein anderer.

Gespart, im Sinne von nicht konsumierten Einnahmeströmen der Zukunft, wird anschließend. Die Erhöhung des Marktzinnes ist also eine Bedingung für expansive Fiskalpolitik und nicht die Konsequenz.

Der Zins steigt nicht, wie die LM Kurve suggeriert, weil das Volkseinkommen steigt. Der Zins steigt, weil investiert wird.

Das IS-LM Modell unterstellt zwei unterschiedliche Möglichkeiten, das Volkseinkommen und die Beschäftigung zu erhöhen. Einmal durch eine expansive Fiskalpolitik und einmal durch eine expansive Geldpolitik.

Das ist Unsinn. In beiden Fällen erfordern die zusätzlichen Investitionen Geld, aber kein Sparen. Eine Verschiebung der LM Kurve nach rechts geht nur, wenn die Geldmenge erhöht wird und die IS Kurve kann auch nur nach rechts verschoben werden, wenn bei konstanter Geldmenge Geld von der Börse abgezogen wird.

Sätze vom Typ „erhöht nun der Staat die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, verschiebt sich die IS Kurve nach rechts“ sind Unsinn. Ohne Geld erhöht der Staat gar keine gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

(Einschub: Wieso verschiebt sich die IS Kurve, im Lehrbuchfall, nach rechts, wenn die Staatsausgaben erhöht werden? Hierzu muss man sich in Erinnerung rufen, wie die IS Kurve abgeleitet wurde: Der Zinssatz, zu dem die Unternehmen Geld bekommen liegt fest. Ist er hoch, investieren also nur wenige, weil es nicht viele Investitionen gibt, die diesen hohen Zinssatz bedienen können. Das Volkseinkommen, das

notwendig ist um dieses geringe Investitionsvolumen zu sparen, ist also ebenfalls gering. Je niedriger der exogen vorgegebene Zins, desto höher die Investition, desto höher die notwendige Ausdehnung des Volkseinkommens. Erhöht der Staat nun aber die Staatsausgaben, ändert er ja nicht den exogen vorgegebenen Zins. Eine Erhöhung der Staatsausgaben ist also keine Wanderung entlang der IS Kurve, sondern beim gleichen exogen vorgegebenen Zins wird jeweils mehr investiert. Die IS Kurve verschiebt sich nach rechts. Nach der Logik der IS Kurve allerdings kann der Staat gar nichts machen, denn er hat kein Geld.

Parallel kann man das für die LM Kurve durchdenken: Wenn die Geldmenge höher ist, dann ist auch die Spekulationskasse höher. Wenn das Mischungsverhältnis aus risikoscheu und weniger risikoscheu immer dasselbe ist, werden ein paar der Risikofreudigen Wertpapiere gekauft haben, deren Kurs damit in die Höhe und die Rendite nach unten gedrückt haben. Das Problem dabei ist, dass Sätze vom Typ „erhöht nun die Zentralbank die Geldmenge, verschiebt sich die LM Kurve nach rechts“ Blödsinn sind. Die Zentralbank kann Geld anbieten, ob es allerdings „gekauft“ wird, steht auf einem anderen Blatt. So wenig wie der Bauer autonom beschließen kann, wie viele Kartoffeln er verkauft, er braucht auch Käufer, kann die Zentralbank autonom beschließen, wie viel Geld sie verkauft und zum Auffüllen der Spekulationskasse, die keine Erträge bringt, wird niemand Geld kaufen. Das ändert aber nichts an der Theorie von Keynes, das Problem ist nur, dass das IS-LM Modell Murks ist. Weiterhin richtig ist, dass Kapitalsammelstellen, also vor allem Banken, das Geld kaufen, auch wenn es hochspekulativ an der Börse investiert wird und nicht in die Realwirtschaft fließt. Die Rendite dieser Wertpapiere sinkt dann tatsächlich, momentan, im Jahre 2014, bis zur Bedeutungslosigkeit. Relevant ist nur die Kurssteigerung. Aber der Funke springt, sehr zum Bedauern der EZB, nicht auf die Realwirtschaft über. Der Geldmarkt dominiert den Gütermarkt. Das ist die Kernthese von Keynes und die ist richtig.)

Das eigentliche Problem ist aus dem IS-LM Modell gar nicht ersichtlich. Die unzureichende gesamtwirtschaftliche Nachfrage ist lediglich ein Effekt der Präferenz für Liquidität, aber nicht die Ursache des Problems. Das Problem, das mit einer expansiven Geldpolitik oder einer expansiven Fiskalpolitik gelöst werden muss, ist beides Mal das Gleiche.

Der Unterschied ist zwischen Fiskalpolitik und Geldpolitik ist ein anderer. Der Staat kann direkt investieren, die Risiken, die das mit sich bringt, wurden genannt, siehe III.2. Er muss dies allerdings tun, wenn die Präferenz für Liquidität total ist. Aber auch dafür braucht er Geld.

In beiden Fällen wird aber zuerst investiert und dann „gespart“. Der Unterschied besteht lediglich in den monetären Transmissionsmechanismen. Bei der Verschiebung der LM Kurve erfolgt die Wirkung in die Realwirtschaft über eine Zinssenkung. Der hohe Zins verhindert, dass Geld in die Realwirtschaft fließt. Bei einer Verschiebung der IS Kurve, wird, bzw. sollte, direkt Geld in die Realwirtschaft geschossen werden.

Der Eindruck, dass es sich um zwei unterschiedliche Probleme handelt kommt dadurch zustande, weil bei der IS Kurve es der Staat durch einen unbekanntes Zaubertrick schafft, ohne Geld Nachfrage zu entfalten. Der Trick funktioniert aber nur bei Harry Potter.

Bei der expansiven Geldpolitik kann es zu keiner Fehlallokation kommen, weil lediglich der Preis für Geld verringert wird, Geld aber kein Produktionsfaktor ist. Die rentablere Investition kann alle wirklich knappen Produktionsfaktoren an sich ziehen und damit höher entlohnen. Geld allerdings gehört nicht zu diesen knappen Produktionsfaktoren.

Allerdings kann bei großer Präferenz für Liquidität der Geldmarktzins rentable Investitionen verhindern.

Die klassische Nationalökonomie und die österreichische Schule sehen das zwar anders, dort hat der Zins eine Allokationsfunktion, aber das ist eben, siehe oben, falsch. Deren Problem ist, dass sie Kapital und Geld für das Gleiche halten. Die Unterscheidung zwischen Geld und Kapital ist aber nur in der Vollbeschäftigung irrelevant. Bei Unterbeschäftigung ist sie hoch relevant.

Bei Vollbeschäftigung sind wir auf Sparen im Sinne von nichtkonsumierten Einkommen der Vergangenheit angewiesen. Sparen heißt nicht konsumieren. Wird also gespart, werden weniger Konsumgüter zugunsten von Investitionsgütern produziert. In der Vollbeschäftigung muss das so sein. Man kann in der Vollbeschäftigung nicht gleichzeitig Konsumgüter und Investitionsgüter produzieren.

Weiter muss bei Vollbeschäftigung gesichert sein, dass nur die rentabelsten Investitionen realisiert werden.

Beides steuert dann der Zins. Die Leute die Kapital, also Geld für investive Zwecke haben, werden es an denjenigen geben, der am meisten dafür bezahlen kann. In der Vollbeschäftigung ist das sinnvoll und die Zentralbanken werden Geld dann knapp halten.

Bei Unterbeschäftigung bedarf es weder einer Entscheidung zwischen der Produktion von Konsumgütern oder Investitionsgütern, noch gibt es einen Grund, Investitionen zu verhindern, weil die Ressourcen gar nicht knapp sind.

Im Spezialfall der Vollbeschäftigung kommt also die keynessche Theorie und die klassische Nationalökonomie zum selben Ergebnis. Die keynessche Theorie ist aber, wie dem Titel seines Buches zu entnehmen, „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ eine allgemeine Theorie. Sie umfasst nicht nur den Spezialfall der Vollbeschäftigung, sondern jeden Fall.

In Lehrbüchern zur Makroökonomie lesen wir bei der Beschreibung der IS Kurve Sätze wie diese: „Soll die Gleichgewichtsbedingung erfüllt sein, muss die Ersparnis gerade den Investitionen entsprechen. Diese Ersparnis wird laut Sparfunktion nur getätigt, wenn das Einkommen die Höhe Y hat.“ Das Beispiel ist einem marktüblichen Lehrbuch entnommen.

Das ist richtig, siehe Beispiel oben. Bei einer Sparquote von 20 Prozent und einer zusätzlichen Investition von 1000 Euro muss das Volkseinkommen um zusätzliche 5000 Euro wachsen.

Leider können wir der IS Kurve aber nicht entnehmen, wo die 1000 Euro für die Investition überhaupt herkommen.

Stammen die 1000 Euro von nicht konsumiertem Einkommen aus der Vergangenheit, dann ist es klassische Nationalökonomie pur.

Stammen sie aus der Zukunft, dann wird man wohl irgendwie Geld gebraucht haben. Anders formuliert: Die Kernaussage von Keynes ist in dem IS-LM Modell gar nicht enthalten und rein logisch betrachtet, ist die IS Kurve blanker Unsinn. Sie beschreibt das Resultat eines Prozesses, aber nicht, wie man da hinkommt.

Erschwerend kommt hinzu, dass das IS-LM Modell Szenarien diskutiert, wie etwa den crowding out effect, die im Rahmen der keynesschen Theorie überhaupt keinen Sinn ergeben.

Diskutiert wird z.B., dass eine Ausdehnung der staatlichen Ausgaben und damit einhergehend die Rechtsverschiebung der IS Kurve über die damit einhergehende Zinserhöhung private Investitionen verdrängt.

Wieso man diesen Fall innerhalb eines Theoriegebäudes, das eben die Knappheit des Geldes verneint, diskutiert, ist ein Rätsel. In einem solchen Fall würde die Zentralbank die Geldmenge ausdehnen.

Es kann sehr wohl Gründe für die Zentralbank geben, dies nicht zu tun, etwa wenn sie inflationäre Tendenzen befürchtet, aber solche Effekte können anhand des IS-LM Modells nicht diskutiert werden.

Fazit: Das IS-LM Modell ist irgendwas zwischen verwirrend und falsch. Es verleitet zu einer mechanischen Denke, die dann nichts mehr mit der Realität zu tun hat. Es verleitet genau zu der Denke, vor der Keynes höchstselbst warnte. Die Leute schieben die IS Kurve nach rechts, was auf dem Papier perfekt funktioniert, und wundern sich dann darüber, dass es in der Realität irgendwie nicht ganz so einfach ist, wobei das Modell aber keine Anhaltspunkte liefert, die uns erklären, warum das, was auf dem Papier in Windeseile passiert, sich in der Realität als weit schwieriger erweist.

Modelle, die entscheidende ökonomische Zusammenhänge eher verdunkeln als erhellen und für die Beschreibung der Realität irrelevant sind, brauchen wir nicht.

V. Schlusswort

Man kann jeden Tag eine Menge Unsinn über ökonomische Zusammenhänge lesen und hören, aber es gibt keinen Wirtschaftswissenschaftler, über den man täglich soviel Unsinn lesen kann, wie über Keynes.

Wie bereits eingangs geschildert, verzichten wir hier auf Beispiele und verweisen auf die www.economics-reloaded.de. Das Grundproblem besteht darin, dass Keynes meist auf expansive Fiskalpolitik reduziert wird, die dann in den siebziger Jahren, als ein Anstieg der Ölpreise zu einer weltweiten Rezession führte oder in Griechenland, wo sie lediglich zu einer hohen Staatsverschuldung geführt hat, nicht funktioniert haben soll, wodurch Keynes dann widerlegt worden sein soll.

Wenn man so argumentiert, ist auch Adam Smith bereits widerlegt. Man kann diesem ebenfalls alle möglichen Thesen andichten, die sich dann nicht bewahrheitet haben.

Skurril wird es dann, wenn der Monetarismus als Gegenspieler von Keynes genannt wird. Der Monetarismus baut auf keynesschen Konzepten auf, kommt aber aufgrund von bestimmten Annahmen zu anderen Ergebnissen. Der Monetarismus unterstellt keynessche Transmissionsmechanismen, kommt aber zu den gleichen Ergebnissen, wie die neoklassische Geldtheorie. Langfristig ist Geldpolitik wirkungslos. Das ist zwar falsch, aber nicht der Punkt. Der Punkt ist, dass der Monetarismus auf Konzepten von Keynes aufbaut, diese also als richtig anerkennt.

Vor einer mechanischen Anwendung seiner Theorie, wie sie uns im IS-LM Modell entgegen tritt, hat Keynes in der General Theory of Employment, Interest and Money immer wieder gewarnt. Wir verweisen für Details auf die www.economics-reloaded.de. Das hat aber nicht geholfen, weil niemand Keynes im Original liest. Die keynessche Theorie ist unstrittig richtig. Sparen, verstanden im Sinne der klassischen Nationalökonomie als Voraussetzung für Investitionen, ist weder ein Opfer, das zugunsten eines höheren Konsums in der Zukunft erbracht wird, noch ist Sparen die Bedingung für die Investition. Kapital ist auch kein knappes Gut, weshalb der Preis für Kapital, der Zins, auch kein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung ist.

Aus den gleichen Gründen ist Keynes der Begründer der Makroökonomie. Für die Haushalte und Unternehmen trifft zu, was makroökonomisch gerade nicht zutrifft. Für die Unternehmen und Haushalte ist Kapital ein knappes Gut und hat als solches einen Preis. Für den einzelnen Haushalt ist sparen auch immer sinnvoll.

Die klassische Nationalökonomie geht von einer Identität der Interessen der einzelnen Akteure und der Gesamtwirtschaft aus. Diese Identität ist aber nicht gegeben.

Sparen alle, dann wird eine Abwärtsspirale eingeleitet. Kapital ist für den einzelnen Haushalt ein knappes Gut, von daher trennt die Klassik auch nicht zwischen Geld und Kapital, benutzt die Begriffe als Synonyme. Gesamtwirtschaftlich jedoch ist Kapital überhaupt kein knappes Gut, es ist nämlich schlicht Geld und Geld können die Zentralbanken in jeder Menge drucken.

Der Haushalt wird sein Geld so anlegen, dass es eine möglichst hohe Rendite abwirft, er wird also unrentablere Investitionen zugunsten von rentableren unterlassen. Hierzu besteht makroökonomisch keine Veranlassung. Da Geld nicht knapp ist, können sowohl die rentablen wie auch die weniger rentablen Investitionen getätigt werden. Die einzige Bedingung ist, dass das Geld, das bei Kreditvergabe geschöpft wird, anschließend wieder getilgt wird, wobei der Zins nur so hoch sein muss, dass die Administrationskosten der Banken und das Risiko eingepreist ist.

Die keynessche Theorie stellt natürlich jetzt alle mögliche in Frage und gegenwärtig erleben wir, dass sie sich bestätigt. Wird über Kapitallebensversicherungen, Riester Verträge, vermögenswirksame Leistungen etc.. die Sparquote angehoben, dann kann ein Zins nur garantiert werden, wenn Geld künstlich knapp und damit der Zins hoch gehalten wird. Das wiederum bedeutet, dass eine gewisse Unterbeschäftigung hinzunehmen ist.

Dass weder die Regierungen noch die Zentralbanken den Sparern unter diesen Auspizien den Gefallen tun werden, Geld knapp zu halten, war abzusehen. Sparen ist schon an sich problematisch, aber noch weniger werden sich die Hoffnungen der Sparer erfüllen, wenn die Zentralbanken, wie gegenwärtig, wir schreiben immer noch das Jahr 2014, den Markt mit Geld fluten.

Allerdings zeigt uns die Gegenwart, dass es relativ schwierig ist, wie Keynes schon befürchtet hat, Kapitalsammelstellen, Banken und Versicherungen sowie private Anleger, dazu zu bringen, das Börsenkasino zu verlassen.

Ein Ansatz wäre, wie dies ja die EZB gegenwärtig tut, die Refinanzierung der Banken zumindest teilweise an die Bedingung zu knüpfen, dass die zur Verfügung gestellten Mittel für Realinvestitionen verwendet werden.

Die keynessche Theorie zeigt uns auch, dass die berühmten Mikrokredite nichts besonders Revolutionäres sind. Sie können eine Entwicklung entfalten, insofern die soziale Kontrolle über den Kreditnehmer schärfer ist und damit der produktive Einsatz der Mittel eher gewährleistet ist. Ihre Wirkung kann aber nicht darin bestehen, dass Kapital zur Verfügung gestellt wird, denn was die Kleinbauern in Indien erhalten, ist Geld und Geld ist nicht knapp, sondern wird höchstens knapp gehalten. Sieht man von der schärferen sozialen Kontrolle ab, hätte auch die jeweilige Zentralbank das Geld zur Verfügung stellen können. Ob die Kredite privat zur Verfügung gestellt werden, also aus nicht konsumierten Einnahmeströmen der Vergangenheit resultieren, oder ob das Geld anschließend qua Kredittilgung vernichtet wird, ist egal.

Gleichermaßen kritisch sind alle Wachstumstheorien zu bewerten, die Kapital als Produktionsfaktor ansetzen. Ist das entsprechende know how vorhanden, werden die Kredite, egal ob sie aus nichtkonsumiertem Einkommen der Vergangenheit stammen oder aus Geldschöpfung, getilgt. Ist das know how nicht vorhanden, werden sie in beiden Fällen nicht getilgt.

Teilweise schlägt der keynesschen Theorie auch der blanke Hass entgegen. Diese Leute haben dann zwar die Theorie nicht verstanden, ahnen aber intuitiv, dass es ihnen an den Kragen geht.

In der klassischen Nationalökonomie gibt es drei Produktionsfaktoren, die entlohnt werden müssen. Auf das Kapital entfällt der Profit, auf die Arbeit der Lohn und auf den Boden die Rente. Dass eine Entlohnung nur möglich ist, wenn diese Faktoren knapp sind, ist offensichtlich. Sonnenlicht ist zum Beispiel ganz unstrittig ein Produktionsfaktor, wir würden verhungern, wenn dieser Produktionsfaktor nicht zur Verfügung stünde. Allerdings ist er nicht knapp und folglich ist auch noch nie jemandem eingefallen, hierfür einen Preis anzusetzen.

Was den Boden anbelangt, hat sich das mit der Knappheit in den letzten 200 Jahren etwas relativiert. Wir können das also vernachlässigen.

Dass Kapital ein knappes Gut ist, glauben viele und vermuten folglich, dass es auch einen Preis hat. In der keynesschen Theorie hat es keinen Preis, woraus dann der Tod des Rentiers folgt, wie Keynes formuliert.

Der marxische Kapitalist hätte also nicht von den Proletariern aller Länder enteignet werden müssen. Das hätte auch die Zentralbank geschafft, wenn der Proletarier das gleiche know how hat, wie der Kapitalist.

Da die keynessche Theorie in der Regel nicht verstanden wird, schlägt man Keynes dann dem sozialistischen Lager zu. Allerdings bleiben in der keynesschen Theorie der Wettbewerb und die Signalfunktion der Preise völlig unangetastet. Er konstatiert lediglich, dass der Preis für Kapital überhaupt kein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung ist, weil es Preise in diesem Sinn nur für Güter geben kann, die knapp sind.

Bleibt also als einziger Produktionsfaktor, der tatsächlich zu entlohnen ist, die Arbeit, insbesondere eben die qualifizierte Arbeit. Da diese tatsächlich knapp ist, ist der Lohn auch ein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung. Ohne Löhne, die Knappheitsverhältnisse anzeigen, besteht kein Anreiz für den Arbeitsmarkt, sich an strukturelle Veränderungen anzupassen.

Was zur Fiskalpolitik zu sagen ist, wurde im Kapitel III.2 bereits gesagt.

Erinnern wir uns abschließend noch mal daran, wie das Werk heißt: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes.

Warum Allgemeine Theorie? Die klassische Nationalökonomie geht von Vollbeschäftigung aus. Vollbeschäftigung ist aber ein Spezialfall. Die keynessche Theorie umfasst aber sowohl den Spezialfall Vollbeschäftigung, wie auch die Unterbeschäftigung.

In der Vollbeschäftigung und in der mikroökonomischen Betrachtung muss zwischen Geld und Kapital nicht unterschieden werden und die klassische Nationalökonomie unterscheidet auch nicht zwischen diesen beiden Begriffen.

In der Vollbeschäftigung hat der Preis für Geld tatsächlich eine Lenkungsfunktion im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung. In der Vollbeschäftigung ist eine Entscheidung zu treffen zwischen der Produktion von Konsumgütern und der Produktion von Investitionsgütern. Geld muss in dieser Situation knapp gehalten werden.

Ein hoher Preis für Geld wird die Sparquote erhöhen, Sparen heißt nicht konsumieren, wodurch die Produktion von Investitionsgütern zu Lasten der Produktion von Konsumgütern zunimmt. Das wäre der Mechanismus, wie er sich aus der klassischen Nationalökonomie ergibt.

In der Vollbeschäftigung ist es auch günstig, Geld knapp zu halten, da dann die Besitzer von Geld ihr Geld da anlegen, wo es die höchste Rendite abwirft, was wiederum bedeutet, dass die Güter produziert werden, die am knappsten sind.

Bei Keynes sieht der Transmissionsmechanismus so aus: Ist das Volkseinkommen sehr hoch, dann ist der Bedarf an Transaktionskasse sehr hoch, das Geld wurde also weitgehend von den Börsen abgezogen, die Kurse der Wertpapiere sind niedrig, die Dividenden auf Wertpapiere hoch. Mit diesen Dividenden konkurrieren Realinvestitionen. Es können also nur hochrentable Realinvestitionen getätigt werden, der Zuwachs an Volkseinkommen und damit der Zuwachs an Sparen, ist also gering. Das kann in der Vollbeschäftigung, oder nahe daran, auch nicht anders sein. Überdehnt die Geldpolitik jetzt das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential, dann kommt es zur Inflation.

(Die Inflation wiederum würde den Bedarf an Transaktionskasse erhöhen und die Dividenden und damit die Zinsen noch weiter steigen lassen. Wir diskutieren hier nicht alle denkbaren monetären Transmissionsmechanismen und verweisen auf die www.economics-reloaded.de.)

Bei Vollbeschäftigung kommen also die klassische Nationalökonomie und Keynes zum gleichen Ergebnis. Der Preis für Geld hat eine Lenkungsfunktion im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung. Die Knappheit des Geldes sorgt dafür, dass nur noch die rentabelsten Investitionen zum Zuge kommen und der Konsum gar nicht, denn dieser ist nun mal überhaupt nicht rentabel und eine weitere Ausdehnung des Konsums ist auch nicht möglich, weil hierfür erstmal mehr Investitionsgüter nötig sind.

In der Unterbeschäftigung allerdings, die es in der klassischen Nationalökonomie schlicht nicht gibt, kommt die keynessche Theorie und die klassische Nationalökonomie zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen. Da die klassische Nationalökonomie davon ausgeht, dass Kapital knapp ist, ist Kapital die Hürde, die ein Investitionsniveau bis zur Sicherung der Vollbeschäftigung verhindert.

Bei Keynes ist es der Zinssatz, der sich losgelöst von der Realwirtschaft auf dem Geldmarkt bildet, der die Bremse für die Investition bildet.

Anders formuliert: In der klassischen Nationalökonomie sorgt ein hoher Zins dafür, dass mehr gespart wird, wodurch dann mehr Kapital für investive Zwecke zur Verfügung gestellt wird. In der keynesschen Theorie dämpft dieser hohe Zins das Investitionsvolumen, wodurch weniger gespart wird.

Aus dem Titel, „Allgemeine Theorie...“, ergibt sich auch, dass es sich um eine theoretische Durchdringung der Sachverhalte handelt. Was in der öffentlichen Debatte im Vordergrund steht, sind die Schlussfolgerungen, die manche Leute aus dieser Theorie ziehen und dann je nach Situation und politischer Gruppierung Keynes als widerlegt oder bestätigt sehen. Wer Keynes widerlegen oder bestätigen will, muss sich aber mit den theoretischen Konzepten befassen und nicht mit den Schlussfolgerungen, die manche Leute aus diesen theoretischen Konzepten ziehen.

Des Weiteren handelt das Buch von der Beschäftigung. Die klassische Nationalökonomie geht davon aus, dass diese schlicht immer vorliegt, was Keynes bestreitet und wohl auch offensichtlich ist. Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit ist der Normalfall.

Keynes argumentiert hier sehr kompliziert, man kann das aber auch abkürzen. Der Zinssatz wird auf dem Geldmarkt festgelegt. Wenn dieser eine Höhe hat, bei der das Investitionsvolumen ausreicht um Vollbeschäftigung zu erreichen, dann wäre das reiner Zufall.

Der Zins führt in der klassischen Nationalökonomie zur Gleichheit von Investition und Sparen. Ist der Zins hoch, wird viel gespart und wenig investiert. Umgekehrt umgekehrt und irgendwo gibt es dann einen Zins, wo die einen soviel sparen, wie die anderen investieren.

Da die einzige Alternative zu Sparen Konsumieren ist, wird alles, was produziert wird, auch abgesetzt. In dieser Logik ist der Zins ein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung.

Bedenkt man, dass die einen Geld sparen und die anderen Kapital in seiner liquidesten Form brauchen, um zu investieren, also in Geldform, dann ändert sich das Bild. Wir erhalten einen Geldmarkt, den es in der klassischen Nationalökonomie gar nicht gibt. Es gilt dann keine einzige Annahme der klassischen Nationalökonomie mehr, siehe III.1.

Man hätte natürlich auch einfacher argumentieren können. Der Zins wird schlicht von der Zentralbank festgelegt. Allerdings ist das für die keynessche Theorie sowenig entscheidend, wie die Tatsache, dass von

den organisatorischen Bedingungen des Geldmarktes abstrahiert wird.

Entscheidend ist, dass der Gütermarkt mit dem Geldmarkt konkurriert und letzterer am längeren Hebel sitzt. Wenn das weltweite BIP 70 Billionen Dollar beträgt und 30 Billionen Dollar an den Aktienbörsen gehandelt werden, dann kann man sich unschwer ausrechnen, dass die Wirkung gewaltig wäre, wenn diese 30 Billionen Dollar in die Realwirtschaft einströmen.

Geld ist in der klassischen Nationalökonomie lediglich ein Schleier. Verdoppelt sich die Geldmenge, verdoppeln sich die Preise, ohne dass sich die Relationen zwischen den Preisen ändern.

In der keynesschen Theorie hat Geld eine erhebliche Bedeutung, denn um eine Investition zu tätigen, braucht man Geld. Wo dieses herkommt, ob es nicht konsumierte Einkommensströme der Vergangenheit sind oder nicht konsumierte Einkommensströme der Zukunft, ist weitgehend egal.

Dieses Geld hat nun einen zwiespältigen Charakter. Auf der einen Seite ist es zwar nicht per se knapp, auf der anderen Seite legt aber der Geldmarktzins das Investitionsvolumen fest.

Einfacher formuliert: In der klassischen Nationalökonomie würden die Leute bei Unsicherheit das Geld einfach verkonsumieren. Das Geld würde also eine Nachfrage entfalten. Bedauerlicherweise haben sie aber, das ist der Kern der keynesschen Theorie, eine Alternative: Geldähnliche Anlagen.

Die zentralen Punkte der keynesschen Theorie werden und wurden also überhaupt nicht widerlegt. Allerdings erscheinen schon dem gesunden Menschenverstand die Vorstellungen der klassischen Nationalökonomie über die Beschäftigung, den Zins und das Geld als absurd.

Die keynessche Theorie ist also die Basis. Ist diese nicht klar, kann über volkswirtschaftliche Fragen nicht sinnvoll diskutiert werden.

Die Tragweite der keynesschen Theorie ist der breiten Öffentlichkeit völlig unbekannt, obwohl jeder den Namen kennt. Allabendlich beglücken uns selbst die öffentlich rechtlichen Sender, die eigentlich dafür bezahlt werden, relevante Sachverhalte zu erläutern, mit wirren Thesen, die die Börsenkurse erklären sollen.

Die Börsenkurse sind aber nichts anderes als, in den Worten von Keynes, ein beauty contest. Die Akteure stellen Vermutungen darüber an, was andere Akteure glauben und da diese wiederum versuchen sich eine Vorstellung davon zu machen, was die anderen glauben, sind die Börsenkurse das Resultat von Vermutungen über die Vermutungen, die sich die Akteure von den Vermutungen der anderen machen.

Aktien werden gepriesen als gute Geldanlage, weil die Börsenkurse in langen Zeiträumen betrachtet immer steigen. Die Realität dürfte dürfte komplizierter sein. Die Börse ist eine Umverteilungsmaschine, bei der im Schnitt die Kleinanleger, die nicht in der Lage sind die Kurse zu manipulieren, verlieren. Ein Überschuss, der verteilt werden kann, ergibt sich nur aus den Dividenden und Renditen. Erlöse aus Kurssteigerungen sind eine reine Umverteilung.

Interessanter als die Kurssteigerungen, ist also die Frage, wer gewonnen und wer verloren hat. Hier ist die Faktenlage dann dünner.

Im Übrigen bestehen Kurssteigerungen erstmal nur auf dem Papier. Sollen diese Kurssteigerungen konsumiert werden, was ja letztlich die einzig sinnvolle Verwendung ist, dann muss diese Nachfrage befriedigt werden. Das passiert aber in der Realwirtschaft. Oder eben auch nicht.

Die Schlussfolgerung, die aus der keynesschen Theorie zu ziehen ist, ist also ungeheuer schlicht. Reichtum entsteht nur durch einen Zuwachs an know how, denn know how ist der einzige Produktionsfaktor, wie schon Alfred Marshall zutreffend bemerkt hat.

